



Editorial

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Demographie,

Das Jahr 2005 ist zwar längst dem neuen Jahr 2006 gewichen, aber dennoch scheint mir der Jahreswechsel ein geeigneter Anlass für einen kleinen Rückblick auf das alte und einen Ausblick auf das neue Jahr zu sein. Ich denke, dass das vergangene Jahr ein gutes Jahr für unsere Disziplin, die Bevölkerungswissenschaft, wie auch für die Deutsche Gesellschaft für Demographie war. Der demographische Wandel, die demographische Alterung ist längst Thema bis hin zu den Fernsehtalkshows. Dies ist aus unserer Sicht nur zu begrüßen, denn wir wissen nur zu genau, dass die Auswirkungen dieser Entwicklung jeden Bürger treffen und die Gesellschaft insgesamt verändern werden – bedauerlich ist aus meiner Sicht nur, dass zu viele selbst ernannte Experten und Amateure die öffentliche und mediale Diskussion „bereichern“. An dieser Stelle wünsche ich mir, dass die Mitglieder der DGD ein stärkeres Gehör finden. Unsere Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Veranstaltungen, von der Jahrestagung in Potsdam über die Statistische Woche in Braunschweig, den Workshop in Wiesbaden bis zu den Aktivitäten der Arbeitskreise erfolgreiche Arbeit geleistet, die Erkenntnisse unserer Disziplin der Öffentlichkeit, den Medien, den Multiplikatoren und Entscheidern in Politik und Wirt-

schaft näher zu bringen. Allen, die dazu beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihr Engagement danken.

Für das neue Jahr 2006 bin ich zuversichtlich, dass es uns wiederum gelingt, hoffentlich mit noch ein wenig mehr Erfolg, den (öffentlichen) Diskurs um die Ursachen und Auswirkungen der demographischen Entwicklung informiert und professionell zu begleiten, bestenfalls ein Stück weit sogar aktiv zu gestalten. Das setzt aber große Anstrengungen und den Einsatz aller Mitglieder voraus, wozu ich Sie hiermit ermutigen und bitten möchte.

Der Auftakt unserer diesjährigen Aktivitäten ist unsere Jahrestagung vom 8. bis 10. März in Bonn zum Thema „Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte“; weitere Veranstaltungen der DGD und ihrer Arbeitskreise werden wie in jedem Jahr folgen, ergänzt von den Tagungspublikationen. Ich wünsche den Veranstaltungen die verdiente Aufmerksamkeit und einen guten Besuch.

Für das noch junge Jahr 2006 wünsche ich allen Mitgliedern und Freunden der DGD alles Gute und nachhaltiges Interesse an bevölkerungswissenschaftlichen Fragen!

Ihre Präsidentin

Wandern die Eliten wirklich aus?

Von Jürgen Kaube

27. Februar 2006 In den letzten Jahren ist viel über den "brain drain", das Abwandern deutscher Forscher ins Ausland, berichtet worden. Nach dem Verlust an wissenschaftlichen Eliten als einer Folge der Verfolgungspolitik des Dritten Reichs komme es nun unter den Umständen der Globalisierung zu einer zweiten großen Flucht der Intelligenz aus Deutschland.

Heute sind es die andernorts besseren Ausstattungen für Forscher, im Fall der Biotechnologie die liberaleren Gesetze, die bessere Bezahlung oder die klügere Hochschulpolitik in den Vereinigten Staaten, die als Gründe für die Migration von Wissenschaftlern, aber auch Ingenieuren und Computerspezialisten angegeben werden.

Einen Abwanderungsboom gab es schon einmal

In welchem Umfang findet sie statt? Der Soziologe Wolf Lepenies hat in einem Zeitungsbeitrag mit dem sprechenden Titel "Haltet die Forscher!" 2003 behauptet, jeder siebte promovierte deutsche Student wandere derzeit in die Vereinigten Staaten ab. Seine Fachkollegin Claudia Diehl vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden hat nun einen Forschungsaufenthalt in Washington genutzt, um Zahlen wie diese zu überprüfen.

Einen Abwanderungsboom gab es schon einmal, von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre, als die Vereinigten Staaten ihre Immigrationsbeschränkungen aufgehoben hatten. Auswandererzahlen von mehr als 20.000 und mitunter sogar bis zu 50.000 Personen im Jahr waren damals keine Seltenheit. Gegenwärtig wandern insgesamt pro Jahr um die 10.000 Deutsche nach Amerika aus.

Anteil der hoch qualifizierten Auswanderer steigt

Deren Qualifikationsniveau, gemessen als Anteil derer, die mindes-

tens einen deutschen Fachhochschulabschluß besitzen, ist im Zeitablauf gestiegen. 1990 hatte einen solchen Abschluß gut ein Drittel der Auswanderer, 2000 war es schon deutlich mehr als die Hälfte. In derselben Periode ist in Deutschland der Anteil der Personen mit diesem Ausbildungsniveau nur von 8,5 auf 11 Prozent gestiegen. Es handelt sich also bei der steigenden Zahl gut Ausgebildeter unter denen, die das Land verlassen, nicht bloß um einen Effekt

(Fortsetzung auf Seite 18)

Inhaltsverzeichnis

| Thema | Seite |
|---|-------|
| <i>Demographischer Wandel und Infrastruktur</i> Statistische Woche 2005 – Braunschweig | 2 |
| <i>Demographie und Arbeitsmarkt</i> Herbsttagung des Arbeitskreises „Bevölkerungsökonomie“ | 6 |
| <i>Neue Zuwanderergruppen in Deutschland</i> Herbsttagung des Arbeitskreises „Migration-Integration-Minderheiten“ | 13 |
| <i>Geburtenbeschränkung in historischer Perspektive</i> Herbsttagung des Arbeitskreises „Historische Demographie“ | 16 |
| Neues Mitglied in der DGD | 17 |
| <i>Peter Hahne</i> Deutschland wird Auswanderungsland | 18 |
| Aktuelle Fundstücke zum Thema Demographie aus dem Internet | 19 |
| Ausgewählte Pressemitteilungen - DESTATIS | 20 |
| Termine & Impressum | 21 |

Statistische Woche 2005 – Braunschweig

Im Rahmen der Statistischen Woche, die vom 26.9. bis 29.9.2005 in Braunschweig statt fand, bestritt die Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD) an drei Konferenztagen eigene Veranstaltungen zum Thema „**Demographischer Wandel und Infrastruktur**“. Diese Veranstaltungen wurden inhaltlich durch den Arbeitskreis „Städte und Regionen“ gestaltet. Erfreulich für die DGD ist, dass die Veranstaltungen ein großes Interesse fanden, auch von Tagungsteilnehmern, die nicht Mitglieder der DGD sind, sondern den beiden anderen beteiligten Gesellschaften angehören: der Deutschen Statistischen Gesellschaft bzw. des Verbandes Deutscher Städtestatistiker.

Im Folgenden werden die Zusammenfassungen der Referate des von der DGD organisierten Konferenzteils dargestellt.

Die zukünftige Zahl der Pflegebedürftigen – Die Auswirkungen von Mortalitätsfortschritten

Seit 1995 (ambulante Pflege) und 1996 (stationäre Pflege) erbringt die gesetzliche Pflegeversicherung Leistungen, so dass nun Grundlagen für die Kalkulation der Zahl zukünftiger Leistungsbezieher existieren, die es bei der Einführung der Versicherung noch nicht geben konnte. Bereits in den wenigen Jahren ihrer Existenz kam es besonders bei der stationären Pflege zu einer starken Leistungsausweitung, die nur zu einem kleinen Teil mit der demographischen Entwicklung in Zusammenhang steht.

In langfristiger Perspektive müssen die demographischen Verschiebungen zu einer starken „demographisch bedingten“ Leistungsausweitung führen. An dieser Stelle soll ein - allerdings besonders wichtiger - Teilaspekt behandelt werden: Wie hängt die Zahl der zukünftigen Leistungsbezieher von den Annahmen über die langfristige Sterblichkeitsentwicklung ab. Nach dem vom Statistischen Bundesamt in der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose vorsichtig prognostizierten Rückgang der Mortalität bis zum Jahr 2050 wird der zukünftige Pflegebedarf beträchtlich steigen. Es wird gezeigt, welche Sprengkraft alleine diese Variable für die zukünftige Zahl der Bezieher von Pflegeleistungen in den verschiedenen Leistungsformen und Pflegestufen bis zum Jahr 2050 besitzt.

Ist es aber realistisch, bei einem Rückgang der Sterblichkeit von dauerhaft konstanten Prävalenzraten auf den Einzelaltersstufen auszugehen? Um die möglicherweise gegen die Intuition gerichteten Auswirkungen eines Mortalitätsfortschritts auf die Pflegeprävalenz zu verdeutlichen, wird in einer einfachen Modellrechnung gezeigt, dass bei veränderter Sterblichkeit der Nichtpflege- und Pflegebedürftigen die Prävalenz der Pflege nicht konstant bleibt. Die Ursache für dieses überraschende Ergebnis ist, dass ein paralleler x-prozentiger Rückgang der Mortalität die Zahl der Überlebenden in der Gruppe relativ stärker erhöht, wo die Sterblichkeit (vorher und nachher) insgesamt höher ist.

Wie alleine mit den moderaten Annahmen des Statistischen Bundesamts gezeigt wird, müssen die Kosten der gesetzlichen Pflegeversicherung in den nächsten Jahren zwangsläufig sehr stark ansteigen, was eine Finanzierung des Systems nur durch eine Vervielfachung des notwendigen Beitragssatzes ermöglicht. Alternativ dazu wäre nur noch ein grundsätzlicher Systemwechsel hin zur privaten Absicherung des Pflegerisikos zu erwägen.

Reiner Hans Dinkel und Martin Kohls, Universität Rostock

Pflegebedarfsprognosen für Deutschland bis 2030

In einer alternden Bevölkerung spielen Behinderung und Pflegebedarf eine wichtige Rolle – wie viele Menschen werden der Pflege bedürfen und wer wird sich um sie kümmern, sind Partner oder Kinder vorhanden, die die Pflege übernehmen können und wollen, kann Erspartes private Pflegedienste finanzieren oder wird institutionelle Hilfe nötig sein?

Bisher wurde kein einheitliches Bild über die Entwicklung von Behinderungen und Pflegebedarf weder in verschiedenen Ländern noch über die Zeit gefunden, jüngere Studien zeigen jedoch ein positives Bild, das auf eine Kompression der Morbidität deutet

(e. g. Robine et al. 2003).

Um Pflegebedarfsprognosen für Deutschland zu erstellen, werden in einem ersten Schritt Bevölkerungsprognosen erstellt. Die Annahmen bezüglich der Lebenserwartung basieren auf Trendextrapolationen der Lebenserwartung der letzten 40 Jahre und sind generell optimistischer, als die der ‚mittleren Variante‘ der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vom statistischen Bundesamt (Annahmen: Erhöhung der Lebenserwartung bei Geburt bis zum Jahr 2050 für Jungen auf 81,1 Jahre und für Mädchen auf 86,6 Jahre).

Die Pflegebedarfsprävalenzen in der Bevölkerung werden mit Hilfe des Mikrozensus ermittelt, um den Level des Pflegebedarfs mit der Ausgangsbevölkerung zu verknüpfen.

Die Trendannahmen zum Pflegebedarf basieren auf dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) (Ziegler, U. und Doblhammer, G., 2005). Im SOEP ist folgende Frage zum Pflegebedarf vorhanden: „Gibt es in Ihrem Haushalt jemand, der aus Alters- oder Krankheitsgründen dauernd hilfebedürftig ist?“ Wenn eine Person hilfebedürftig ist, wird weiter erhoben, in welchem Grad – bei ‚Besorgungen und Erledigungen außer Haus‘, ‚Haushaltsführung, Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken‘, ‚Einfacheren Pflegetätigkeiten, z. B. Hilfe beim An- und Auskleiden, Waschen, Kämmen und Rasieren‘, ‚Schwierigeren Pflegetätigkeiten, z. B. Hilfe beim Umbetten, Stuhlgang usw.‘ Ein Nachteil des SOEP ist, dass nur private Haushalte untersucht werden. Zwischen 1991 und 2001 ist jedoch der Anteil der pflegebedürftigen Bevölkerung, der zu Hause versorgt wird, mit 71% bzw. 70% fast gleich geblieben (Schneekloth 1996, Statistisches Bundesamt 2003). Unsere Ergebnisse zu den Übergangswahrscheinlichkeiten in die Pflegebedürftigkeit in Deutschland mit Daten des SOEP von 1991 bis 2003 zeigen einen positiven Periodeneffekt. Weniger Personen wurden in der zweiten Periode zwischen 1998 bis 2003 pflegebedürftig im Vergleich zu 1991 bis 1997.

Unsere Pflegebedarfsprognosen enthalten neben einem Szenario konstanter Pflegebedürftigkeit auch ein Szenario mit Kompression und Expansion des Pflegebedarfs.

References

- Doblhammer, G. and J. Kytir: Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1998.; *Social Science and Medicine* 52(2001)3: 385-391.
- Robine, J.-M.; Jagger, C.; Mathers, C. D.; Crimmins, E. M.; Suzman, R. M. (Eds.) (2003); *Determining Health Expectancies*, Chichester: Wiley
- Schneekloth, U.; Potthoff, P.; Piekara, R.; von Rosenblatt, B. (Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (1996); *Hilfe- und Pflegebedürftige in privaten Haushalten*, Endbericht; Stuttgart, Berlin, Köln; Kohlhammer
- Statistisches Bundesamt (2003); 2. Bericht: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Ländervergleich: Pflegebedürftige
- Ziegler, U; Doblhammer, G. (2005); Steigende Lebenserwartung geht mit besserer Gesundheit einher. Risiko der Pflegebedürftigkeit in Deutschland sinkt; *Demografische Forschung aus erster*

Hand; 2(2005)1

- Ziegler, U. and G. Doblhammer: Transition into care need in Germany 1991-2003: a study based on the German Socioeconomic Panel. Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock 2005 (MPIDR working paper). <http://www.demogr.mpg.de/Papers/Working/wp-2005-003.pdf>.

Uta Ziegler, Gabriele Doblhammer, Universität Rostock

Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels und Ansätze zur Bewältigung – dargestellt am Beispiel von Schulstandorten

Die demographische Entwicklung stellt eine der größten Herausforderungen in Deutschland dar. Der Rückgang der Bevölkerung und die altersstrukturellen Verschiebungen werden zur zentralen Problemstellung heranreifen und somit sind negative Auswirkungen auf die Auslastung und Wirtschaftlichkeit von Infrastruktureinrichtungen zu erwarten. Besonders der Erhalt kleinerer, dezentraler Grund- und Hauptschulen im ländlichen Raum erscheint vielerorts nicht mehr gewährleistet. Zukunftsfähige Strategien zur Sicherung schulischer Infrastruktur in ländlichen und strukturschwachen Räumen im Hinblick auf den demographischen Wandel werden somit erforderlich.

Aktuelle Rahmenbedingungen und neue Anforderungen an die räumliche Planung

Die räumliche Planung besitzt hinsichtlich des demographisch bedingten Bevölkerungsrückgangs, den Verschiebungen in der Altersstruktur sowie dem sozialen Wandel keine Möglichkeiten, diesen Prozessen aktiv entgegenzuwirken. Aber es werden von der räumlichen Planung dahingehend Reaktionen und Anpassungsmöglichkeiten verlangt. Im Bereich Infrastruktur bestehen künftige Aufgaben in der Entwicklung von Strategien, um ein wohnortnahes Infrastrukturangebot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Danach müssen insbesondere flächendeckende Versorgungskonzeptionen für altersspezifische Infrastruktureleistungen erarbeitet werden.

Bedeutsam wird die Weiterentwicklung der Versorgungsleistungen unter demographisch veränderten Rahmenbedingungen sein. Trotz allem werden sich Rückbaumaßnahmen kaum vermeiden lassen. Deshalb muss es das Ziel sein, qualitative Einbußen zu vermeiden.

Strategien für eine zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur

Handlungsoptionen für eine zukunftsfähige Infrastruktur sollten überwiegend auf der Philosophie der dezentralen Konzentration basieren. Sie sind einrichtungsspezifisch anzuwenden und sind prädestiniert für die Versorgungsleistungserbringung in kleineren Einheiten.

Die strategische Sicherstellung der Grundversorgung mit schulischer Infrastruktur ist auch zukünftig an der zentralörtlichen Gliederung festzumachen. In allen Zentralen Orten muss ein Grundgerüst an schulischer Infrastruktur bereitgestellt werden. Die weitere Ausgestaltung des Standortnetzes hat dabei lokal in Anbetracht der Bevölkerungsdichte und der Finanzierungsmöglichkeiten zu erfolgen.

Ein weiteres Erfordernis besteht darin, Konzepte zum Erhalt kleinerer Schulen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist ein wohnortnahes Bildungsangebot auch bei knapperen Mitteln und bei sinkenden Schülerzahlen zu sichern.

Abschließend ergeben sich angesichts der bedeutendsten Konsequenzen aus dem Schülerrückgang zwei zentrale Handlungserfordernisse für Grund- und Hauptschulen in ländlichen Räumen.

Zum einen gilt es, geeignete Lösungen zu finden, um den drohenden Auslastungsdefiziten zu begegnen.

Zum anderen sind kompensatorische Anpassungsmaßnahmen erforderlich, die auch den kleineren Schulen einen Weiterbetrieb ermöglichen. Deshalb müssen alternative Wege beschritten werden,

um einer drohenden Maßstabsvergrößerung bei der Angebots-erbringung schulischer Infrastrukturleistungen entgegenzuwirken.

Konzeptionelle Anwendung im Beispielraum Albstadt

Für den Beispielraum wurde durch die Zusammenführung der Einzelstrategien für einzelne Schulcluster im Ergebnis eine integrative Anpassungsstrategie für eine zukunftsfähige Grund- und Hauptschullandschaft konzipiert, welche zwei Alternativen umfasst. Diese beiden Alternativen unterscheiden sich hinsichtlich des Zeithorizonts bei der Umsetzung sowie der Intensität des Schülerrückgangs.

Zum einen wird es zukünftig unerlässlich sein, neue pädagogische Konzepte, sprich jahrgangsübergreifende Unterrichtsformen, flächendeckend anzuwenden.

Zum anderen muss in diesem Zusammenhang eine Strategie zum Einsatz kommen, die Kooperations- und Vernetzungsformen zur Angebotserbringung im Sinne des Leitbilds einer dezentralen Konzentration beinhaltet.

Hans-Jörg Domhardt/Gabi Troeger-Weiß, TU Kaiserslautern

Brain drain aus Ostdeutschland - Implikationen für das Bildungssystem

Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland wird derzeit vor allem durch Schrumpfungsprozesse charakterisiert. Seit 1989 verringerte sich die ostdeutsche Bevölkerung um 2,9 Mio.¹ Menschen. Dieser Bevölkerungsverlust erklärt sich zu knapp 50% durch Geburtendefizite, darüber hinaus verliert der Osten Deutschlands durch Wanderungsbewegungen stetig an Bevölkerung. Tatsächlich haben seit 1989 ca. 3,2 Mio.² Menschen den Osten in Richtung Westen verlassen. Dies entspricht immerhin der Einwohnerzahl der Stadt Berlin. Im selben Zeitraum zogen allerdings nur 1,7 Mio. Personen aus den alten in die neuen Bundesländer. Per Saldo verbleibt ein Wanderungsdefizit von 1,5 Mio. Menschen, die der Osten zugunsten des Westens verloren hat.

Im Rahmen unseres laufenden - von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG finanzierten - Projektes befassen wir uns in der AG Sozialgeographie in Halle mit der Nettoabwanderung aus Ostdeutschland und den daraus resultierenden räumlichen, vor allem regionalökonomischen Konsequenzen. Im Vortrag wurden in erster Linie die Implikationen für das Bildungssystem diskutiert sowie mögliche politische Handlungsstrategien gegeneinander abgewogen. Die Argumentation wird auf der Grundlage erster empirischer Ergebnisse der im Rahmen des Projektes durchgeführten Primärdatenerhebung (1.200 Telefoninterviews mit Fortzögler*innen aus Sachsen-Anhalt), Daten aus der amtlichen Statistik sowie Daten der Arbeitsagentur Nürnberg geführt.

In die Binnenwanderungen von Ost- nach Westdeutschland sind vornehmlich junge und überdurchschnittlich qualifizierte Menschen eingebunden. Es kann davon ausgegangen werden, dass Ostdeutschland per Saldo an Humankapital verliert. In der wissenschaftlichen Diskussion wird in diesem Zusammenhang oft von einem so genannten brain drain gesprochen. Am Beispiel Sachsen-Anhalt's kann empirisch gezeigt werden, dass die Abwanderungsentscheidung meist erst nach Beendigung des Berufsabschlusses gefällt wird. Fast jeder vierte Migrant verlässt noch im Jahr bzw. im Jahr nach Ausbildungsende die Heimatregion. Für die Beendigung der Schulbildung lässt sich dieser Zusammenhang nur in deutlich geringerem Ausmaß nachweisen. Da die Migrationsentscheidung der Probanden sehr oft unter ökonomischen Zwängen getroffen wurde, scheint die Ausbildungssituation im Land Sachsen-Anhalt überraschenderweise eine geringe Rolle bei der Wegzugsentscheidung zu spielen. Es ist demnach nicht die „klassische“ Bildungswanderung, die die Abwanderung aus Ostdeutschland erklärt. Das Migrationsgeschehen wird vielmehr durch Berufswanderungen dominiert. Im Zusammenhang mit der brain drain Diskussion kann insofern von einem Ressourcenabfluss aus dem Land

Sachsen-Anhalt gesprochen werden, als dass die Investitionen, die das Land in Ausbildung tätigt, sich im Falle von Abwanderungen zumindest vorläufig nicht wieder durch die Leistung der qualifizierten Bevölkerung amortisieren. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die Wegzugsraten der jungen Bevölkerung im Bundesvergleich keinesfalls überdurchschnittlich hoch ausfallen, sondern vielmehr eine geringe Zuwanderung dieser jungen Bevölkerungsgruppe die hohe Nettoabwanderung erklärt. Es stellt sich demnach die Frage, welche regionalpolitischen Implikationen sich durch diese demographische Situation in Bezug auf die Bereitstellung von subventionierten Bildungsangeboten ergeben. Vor allen Dingen soll hier auf die hochqualifizierte berufliche Ausbildung in Form von Universitäten und Fachhochschulen eingegangen werden.

¹ Gebiet der ehemaligen DDR 1989 bis 2003; STAT. BUNDESAMT 2004

² Wegzüge aus den neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin) in das alte Bundesgebiet (einschließlich West Berlin); STAT. BUNDESAMT 2004

Andrea Schultz, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Demographischer Wandel, Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten

Bisher werden die finanziellen Auswirkungen des demographischen Wandels immer noch vorrangig mit Blick auf die Sozialsysteme diskutiert. Eine Abschätzung seiner fiskalischen Folgen für andere Politikbereiche ist erst in Ansätzen erfolgt. Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen auf die öffentliche Infrastruktur. Wird in Ostdeutschland das ökonomische Problemausmaß des demographisch bedingten Nachfragewandels im Zuge des Stadt-Umbau-Prozesses und auf Grund der bereits hohen „Schrumpfungsbetroffenheit“ intensiv diskutiert, so steht diese Thematik in Westdeutschland immer noch selten auf der Agenda von Politik und Wissenschaft und hat auch auf Seiten der Infrastrukturbetreiber – öffentlicher wie privater – erst eine begrenzte Resonanz erfahren. Der Parlamentarische Rat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages und die Ministerkonferenz für Raumordnung fordern daher eindringlich zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des demographischen Wandels für die Infrastrukturversorgung auf.

Bisher kreist die infrastrukturbezogene Diskussion vor allem um zwei Aspekte des demographischen Wandels: Den qualitativen Strukturwandel der Nachfrage, der durch eine Erhöhung des Anteils alter Menschen und die Verringerung des Anteils junger Menschen bedingt ist, sowie den quantitativen Wandel der Nachfrage in Folge einer rückläufigen Gesamtbevölkerung und einer sinkenden Zahl von Auszubildenden und Erwerbstätigen.

Unzureichend berücksichtigt bleibt damit allerdings die räumliche Veränderung der Nachfrage. Diese Dimension des demographischen Wandels soll in diesem Beitrag im Vordergrund stehen.

Die Bevölkerung nimmt nicht in jedem Teilraum mit der gleichen Intensität ab und suburbane Räume werden zumindest noch bis 2020 eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen. Von gravierendem Bevölkerungsrückgang sind vor allem die Kernstädte und bereits hochverstädterte Kreise betroffen. Allein auf der Basis von Daten zur Bevölkerungsentwicklung können die Anpassungskosten öffentlicher Infrastrukturversorgung allerdings nur begrenzt abgeschätzt werden. Deshalb wird hier zusätzlich die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche als Indikator für den technischen Infrastrukturaufwand in die Analyse einbezogen. Am Beispiel von Nordrhein-Westfalen wird mittels einer Trendfortschreibung gezeigt, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche – und damit auch automatisch das technische Infrastrukturlager – selbst in Schrumpfungsräumen in Zukunft weiter wächst. Eine sinkende Siedlungsdichte ist in fast allen Kommunen von Nordrhein-Westfalen das Resultat. Zwischen der Siedlungsdichte und der Höhe der Pro-Kopf-Infrastrukturkosten besteht ein enger Zusammenhang. Bei vielen technischen Infrastrukturen treten Economies der Dichte

auf, so dass die Pro-Kopf-Infrastrukturkosten mit zunehmendem Siedlungsdichteniveau sinken. Je schneller sich das Siedlungsdichteniveau absenkt, desto gravierender sind die Gebietskörperschaften von steigenden Pro-Kopf-Kosten betroffen. Welche Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen in Folge des Rückgangs der Siedlungsdichte besonders von Erhöhungen der Pro-Kopf-Kosten betroffen sein werden, wird qualitativ abgeschätzt.

Im zweiten Teil des Beitrages werden am Beispiel der Region Havelland-Fläming in Brandenburg die Kostenfolgen für soziale und technische Infrastrukturen monetarisiert, die mit zwei unterschiedlichen Szenarien der regionalen Siedlungsentwicklung verbunden sind. Es wird gezeigt, dass auch unter den Rahmenbedingungen einer schrumpfenden Bevölkerung die resultierenden Infrastrukturfolgekosten entscheidend durch das räumliche Muster von Bevölkerungsverteilung und Siedlungsentwicklung determiniert werden. Durch eine Ausrichtung der zukünftigen Siedlungsentwicklung auf bereits bestehende Infrastrukturbestände können diese effizienter ausgenutzt werden, so dass deren Unterauslastung vermieden wird. Die Havellandstudie zeigt allerdings auch, dass durch eine Beeinflussung der räumlichen Bevölkerungsverteilung die Kosten der technischen Infrastruktur erheblicher minimiert werden können, als die Kosten der sozialen Infrastruktur.

Klaus Einig, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn

Demographischer Wandel und öffentliche Daseinsvorsorge – Entwicklung von Anpassungsstrategien für ländliche Regionen im Rahmen von Modellvorhaben der Raumordnung

Das Modellvorhaben der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ ist das erste einer seit 2003 fortgesetzten Reihe von Modellprojekten, die sich praxisnah mit den Auswirkungen des demographischen Wandels für die Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge befassen. Das Thema ist für die Raumentwicklung von besonderer Bedeutung, weil die demographischen Veränderungen einen Paradigmenwechsel notwendig machen: von der wachstumsorientierten hin zur bestandserhaltenden und an weniger Menschen ausgerichteten Planung - eine für größere Gebietseinheiten bisher nicht erprobte Handlungsmaxime!

Derzeit besonders vom demographischen Wandel betroffen sind die ländlich/peripheren Regionen in Ostdeutschland. Prognosen verweisen darauf, dass sich zukünftig immer mehr Regionen und Kreise an weniger Einwohnerzahlen orientieren müssen und ihre Infrastrukturplanung schon heute darauf einrichten sollten. Die Zahl der vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Kreise wird von 138 in den 90er Jahren auf mehr als 250 bis zum Jahr 2020 steigen! Ostdeutsche Regionen können somit als Vorreiter für künftige Anpassungsprozesse auch in westdeutschen Regionen angesehen werden.

Für die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen in den dünn besiedelten Regionen Ostdeutschlands bedeuten die demographischen Umbrüche eine starke Unterauslastung der Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, Kultur- und Sportstätten und des öffentlichen Personennahverkehrs, und auch die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur kann nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Allein die Zahl der älteren und hochbetagten Einwohner wird in den nächsten Jahren drastisch ansteigen. Anforderungen an Mobilität, medizinische Versorgung und Pflegeaufwendungen stellen sich neu. In der Summe kommt es zu Angebotsreduzierungen und Schließungen auch privater Unternehmen, verbunden mit erheblichem Imageverlust für die Kommunen, weiteren Abwanderungen, abnehmender Nachfrage und damit sinkender Steuerkraft, wenn nicht nach neuen Konzepten und Strategien gesucht wird, um die Bevölkerung mit einem passgenauen, wirtschaftlich tragfähigen, vielfältigen und – im ländlichen Raum besonders wichtig - erreich-

baren Angebot zu versorgen. Es geht damit um die Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum unter schwierigen finanziellen Bedingungen und darum, weiteren Abwanderungen entgegenzuwirken sowie einen Beitrag für ein familienfreundliches Umfeld zu leisten.

Die Planung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter diesen Bedingungen verlangt nach neuen Ideen und Lösungen, die z. T. bekannte Maßstäbe und Standards bewusst verändern bzw. unterschreiten. Kleinere Angebotsformen zugunsten der Erreichbarkeit oder die Zentralisierung und ggfs. Zusammenlegung von Einrichtungen für ein breiteres Angebotsspektrum, verbunden mit einer Verbesserung der Erreichbarkeit, gehören zu den Planungsaufgaben. Zur Diskussion stehen private und öffentliche Trägerschaften, organisatorische und technische Vernetzungen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, aber auch das bürgerschaftliche Engagement zur Unterstützung öffentlicher Funktionen.

In dem Modellvorhaben konnten Strategien aufgezeigt werden, wie sich eine wirtschaftlich tragfähige und gleichzeitig qualitativ ausreichende Infrastrukturversorgung in Regionen mit z. T. erheblich zurückgehender Bevölkerung anpassen lässt und inwieweit sich das raumordnerische Instrumentarium für einen solchen Prozess eignet.

Die ausgewählten Modellregionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen haben sich den neuen Herausforderungen aktiv gestellt. Zum offensiven Umgang mit dem Thema mussten zunächst neue Dialogstrukturen aufgebaut und ein gemeinsames Problemverständnis bei Planern, Politikern und in der Öffentlichkeit geschaffen werden.

In vielen Arbeitsgruppen wurden Konzepte für ein richtig dimensioniertes und sinnvoll verteiltes, teilweise neustrukturiertes Versorgungsangebot insbesondere in den Handlungsfeldern Bildung, medizinische Versorgung und Öffentlicher Personennahverkehr entwickelt und diese in Gesamtplanungen eingebunden. Eine Modellregion hat das Zentrale-Orte-System als raumordnerisches Instrument zur Anpassung der Infrastrukturleistungen weiterentwickelt. Unverzichtbarer Bestandteil bei der Konzeptentwicklung waren Kooperationen lokaler Akteure verschiedener Kreise und Gemeinden und von Vertretern aus verschiedenen Institutionen. Eine Sektoren übergreifende Zusammenarbeit machte Synergieeffekte und die Kompatibilität der Konzepte untereinander erst möglich. In dem Modellvorhaben wurde daher versucht, lokale Sichtweisen zu überwinden und funktionale und räumliche Konkurrenzen zu vermeiden.

Im Vortrag wurden die Beispiele schlaglichtartig erläutert und sowohl allgemein übertragbare Strategien zur Bewältigung von Anpassungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgestellt als auch einige aus dem Modellvorhaben gezogene Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz für Raumordnung zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge skizziert (MKRO Entschließung vom 13. Oktober 2003).

Martina Kocks, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Bonn

Altenhilfe und Pflege in sozialräumlich differenzierter Perspektive

Die sozialräumliche Umwelt ist für das Leben und Erleben älterer Menschen von größerer Bedeutung als dies in jüngeren Jahren der Fall ist. Da der Aktionsraum im Alter kleiner wird, spielt das nächste Umfeld (Nachbarschaften, Quartiere) eine immer größere Rolle für ein sog. „erfolgreiches Altern“. Vor dem Hintergrund einer absoluten wie anteiligen Zunahme älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung im Zuge des demographischen Wandels ergibt sich in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von planerischen Herausforderungen auch auf kleinräumiger und kommunaler Ebene. Zu denken ist hier an nahezu alle lebensweltlichen Bereiche, wobei im Folgenden der Fokus auf den Themenkomplex Altenhilfe

und Pflege gerichtet ist.

Dargestellt werden die Ergebnisse einer umfangreichen empirischen Studie (ca. 1% der gesamten Kieler Bürger in Privathaushalten in der betreffenden Altersgruppe), die im Sommer 2004 am Geographischen Institut der CAU zu Kiel in drei Kieler Stadträumen (unter der dort lebenden Seniorenbevölkerung (60- bis 80-Jährige in Privathaushalten)) mittels einer standardisierten Befragung durchgeführt wurde.

Es zeigen sich in diesem Bereich erhebliche kleinräumige Unterschiede zwischen den Altenpopulationen verschiedener Stadtviertel (in Kiel). So ist zu verzeichnen, dass ein weites Spektrum an Einstellungen und Vorstellungen zum Leben im Alter zutage tritt, das nicht allein durch Lebensstil bezogene Faktoren erklärt werden kann, sondern zu großen Teilen (bei z. T. expliziter Nennung) auf das sozialräumliche Umfeld und die individuellen Lebenslagen zurückzuführen ist.

Zu den prägenden Umgebungsfaktoren zählen die Lage des Quartiers im städtischen Gefüge, die Sozialstruktur und die bauliche Gestaltung der Wohnumgebung.

Unterschiede offenbaren sich in der Ausstattung der Wohnungen Älterer. Speziell im Hinblick auf pflegerische Hilfen im Alter und die Sicherung der Mobilität weisen die untersuchten innerstädtischen Altbauquartiere erhebliche Nachteile auf. So ist nur ein geringer Anteil dieser Wohnungen ebenerdig zu erreichen. Auch eine Nachrüstung mit Treppen- oder Wannenaufzügen ist aufgrund der engen Wohnungszuschnitte nur selten möglich. In den Wohngebieten in der Peripherie korreliert der Grad der altersgerechten Ausstattung bzw. Nachrüstbarkeit mit dem Gebäudealter. Hierbei erwiesen sich insbesondere Wohnungen im Geschosswohnungsbau der 1960er und 1970er Jahre in den vorhandenen Großsiedlungen als überdurchschnittlich gut ausgestattet.

Das Aktivitätsniveau der befragten Älteren differiert räumlich sehr stark. Die älteren Bewohner von Randstadtteilen weisen einen erheblich niedrigeren Aktivitätsgrad auf als dies für Innenstadtbewohner festzustellen ist. Das soziale Netz dahingegen ist in den Bereichen am engsten, in denen eine geringe Mieterfluktuation vorherrscht und es sich somit um gewachsene Nachbarschaften handelt. In den Innenstadtteilen sowie in der peripheren Großsiedlung wird oftmals der anonyme Charakter der Nachbarschaften beklagt. Dies kommt auch in den hier weit schwächeren Kontaktintensitäten zum Ausdruck. Diese Befunde legen gleichzeitig den Schluss nahe, dass in letztgenannten Bereichen das Potential für informelle Hilfe im Alter aus dem sozialen Netzwerk außerhalb der Familie kaum gegeben sein dürfte. Neben dem Aspekt der nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Unterstützung ist offenbar auch der Generationen übergreifende Kontakt in diesen städtischen Teilgebieten weniger stark ausgeprägt als in den übrigen Teilen. So ergab die Auswertung, dass insbesondere ältere allein stehende Frauen in innenstadtnahen Altbauwohnungen über ein nur unzureichend enges familiäres und außerfamiliäres Netz verfügen.

Als erste Ansprechpartner bei etwaigen Bedarfslagen im Alter fungieren nach wie vor Familienmitglieder. Vor dem Hintergrund eines zukünftig (quantitativ) geminderten familiären Pflegepotentials ist dieses Ergebnis jedoch dahingehend zu relativieren, dass bereits heute eine hohe Akzeptanz von Beratungseinrichtungen und professionellen Dienstleistern nachweisbar ist. Dem steht jedoch ein überraschend geringer Kenntnisstand der Befragten in diesem Themenbereich gegenüber. Eine Vielzahl der Befragten im Alter zwischen 60 und 70 Jahren zählt sich selbst noch nicht zu den Älteren und hat sich dementsprechend noch nicht mit dem Thema auseinander gesetzt und über die vorhandenen Angebote informiert. Feststellbar ist dabei ein großes Missverhältnis zwischen den Geschlechtern.

Unter der Annahme, dass es zur Persistenz des Lebensstils in den späteren Lebensjahren kommt, kann bereits heute davon ausgegan-

gen werden, dass die gesamtgesellschaftliche Polarisierung und Individualisierung sowie das Auseinanderdriften sozialer Teilhabechancen in Zukunft auch im Hinblick auf altersspezifische Infrastruktur und das (intergenerationelle) Miteinander in der Stadt noch an Gewicht gewinnen werden. Darüber hinaus kommen auf einige Stadtviertel konzentriert Herausforderungen durch älter werdende Migranten zu, die in den kommenden Dekaden eine Restrukturierung unter Einbezug interkultureller Aspekte in den Bereichen der offenen Altenhilfe wie in den Bereichen der professionellen Anbieter notwendig macht. Des Weiteren erwächst vor dem Hintergrund der zunehmenden demographischen Alterung suburbaner Quartiere ein Handlungsbedarf, um zukünftig die wohnungsnahe Versorgung und die soziale Teilhabe in diesen Quartieren zu sichern.

Torsten Düwel, Universität Kiel

Konzentration der Überalterung in bestimmten Wohnquartieren – ein aktiver oder passiver Prozess?

Wie auch in anderen westeuropäischen Gesellschaften ist in der Agglomeration Zürich eine zunehmende Alterung der Bevölkerung zu beobachten. Die Konzentration von Betagten in bestimmten Regionen ist nicht nur für die jeweiligen Kommunen planungsrelevant sondern auch für Dienstleistungsanbieter wie beispielsweise im Pflegebereich von Interesse. Daher ist es wichtig abzuschätzen, wo solche Konzentrationen in Zukunft zu erwarten sind.

Die Betagten sind eine relativ stationäre Bevölkerungsgruppe, so dass die Wohnstandorte der heute 50-Jährigen im Wesentlichen die Wohnstandorte der Betagten in der Zukunft abdecken. Die Umzugsbereitschaft und -tätigkeit der Betagten ist allerdings in den letzten Jahren gestiegen. Vermehrt suchen Personen auch für diesen dritten Lebensabschnitt einen neuen Wohnstandort. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Umzüge die räumliche Konzentration der Betagten ausgleichen oder zu einer stärkeren Konzentration dieser Altersklasse führen.

Eine Konsequenz der jahrzehntelangen Suburbanisierungsphase war die Überalterung der Kernstädte, ein Phänomen, das nicht nur

in der Schweiz, sondern auch in anderen europäischen Grosstädten beobachtet wurde. Auch innerhalb der Zürcher Agglomeration fällt der starke Altersgradient zwischen dem Kern und den Rändern auf. Der Anteil Kinder und Jugendlicher ist an den Agglomerationsrändern am größten und in der Innenstadt am geringsten. Die räumliche Verteilung der Betagten zeigt ein komplementäres Muster. Die Kernstadt weist zusammen mit den stadtnahen Gemeinden überdurchschnittlich hohe Anteile über 65-Jähriger auf.

Im Vergleich zu 1990 hat sich das Gefälle zwischen der «überalterten Stadt» und dem «jungen Umland» jedoch ausgeglichen. Der Anteil der Betagten an der Gesamtbevölkerung ist in der Stadt gesunken und in den Agglomerationsgemeinden gestiegen. Die am stärksten überalterten Gebiete der Agglomeration sind damit heute nicht mehr die Innenstadtquartiere sondern die Stadtränder und stadtnahen Gemeinden. Es scheint, als folge die «Welle der Überalterung» mit 50-jähriger Verzögerung ringförmig der Suburbanisierungswelle von der Stadt ins Umland.

Dieser passive Prozess der Überalterung der Wohnbevölkerung wird durch die Umzugstätigkeit der über 50-Jährigen überlagert. Die Analyse der Um-, Zu- und Wegzüge Zürichs zeigt, dass die Umzugstätigkeit in der Altersgruppe der über 50-Jährigen seit 1990 deutlich gestiegen ist. Die über 50-Jährigen ziehen dabei mehr aus der Stadt heraus ins Umland als umgekehrt. Die stadtnahen Gemeinden, die bereits durch das Älterwerden der «Suburbanisierer» der Nachkriegszeit überproportional von der Alterung der Gesellschaft betroffen sind und vor allem in Zukunft sein werden, weisen also zusätzlich einen Wanderungsgewinn von über 50-Jährigen auf.

Damit wird der passive Prozess der Überalterung der Wohnbevölkerung durch einen aktiven Prozess in Form des Zuzugs der über 50-Jährigen verstärkt. Diese Überalterung betrifft in naher Zukunft nicht mehr die Innenstadtquartiere, die eine Altersstruktur mit einer dominanten Aktivbevölkerung und wenig Betagten, Jugendlichen und Kindern aufweisen sondern vor allem die Stadtränder und stadtnahen Gemeinden.

*Corinna Heye und André Odermatt,
Geographisches Institut der Universität Zürich*

Demographie und Arbeitsmarkt

Der Arbeitskreis „**Bevölkerungsökonomie**“ der DGD führte seine Herbsttagung am 4. November 2005 in den Räumen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) durch. Sie stand unter dem Generalthema: **Demographie und Arbeitsmarkt**.

Im Folgenden lesen Sie bitte die Zusammenfassungen der auf dieser Tagung gehaltenen Referate:

Dramatischer Rückgang des Erwerbspotenzials in den neuen Ländern bis 2050

Für Ostdeutschland wird ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung prognostiziert. Insbesondere die Zahl der 15- bis 64-jährigen Ostdeutschen wird sich halbieren. Bis zum Jahr 2050 wird sie von derzeit über 10 Millionen auf ungefähr 4,5 Millionen sinken. Der Hauptgrund für diese alarmierende Bevölkerungsabnahme in Ostdeutschland ist der Geburtenausfall nach der Wende, denn mit ihr hat sich die ostdeutsche Geburtenrate fast halbiert. Die fehlenden Geburten machen sich nun nach und nach bei den Jugendlichen bemerkbar. Zwischen 1990 und 2005 erreichten jährlich rund 200.000 Jugendliche das „erwerbsfähige Alter“ (ab 15 Jahre). Weil aber ab 1990 nur noch 100.000 Kinder im Jahr geboren wurden, sind das ab 2005 nur noch etwa 100.000. Dieser Schwund an Nachrückenden verschiebt sich im Laufe der Zeit in die höheren Altersgruppen, bleibt aber erhalten.

Abwanderungen in den Westen verstärken den negativen Bevölkerungstrend noch geringfügig, da vor allem jüngere Menschen den Osten verlassen. Allerdings ist der Effekt - überraschenderweise - quantitativ nicht sehr bedeutsam: Im Jahr 2050 läge die gesamte Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) ohne diese Ost-West-

Wanderung nur etwa 300.000 Personen höher.

Aufgrund dieser demografischen Entwicklung wird trotz weiterhin hoher Erwerbsbeteiligung das ostdeutsche Erwerbspotenzial bereits in den nächsten Jahren sinken und zugleich altern. Im Jahr 2004 umfasste es (inklusive Ost-Berlin) noch rund 8,3 Millionen Personen. Für 2020 ergibt die Projektion eine Zahl von 6,5 Millionen. Danach spitzt sich die Entwicklung zu: Die Projektion für das Jahr 2050 kommt nur noch auf ein Potential von 3,7 Millionen deutschen Arbeitskräften.

Zum deutschen Arbeitskräfteangebot müsste man noch die Zahl der Ausländer addieren. Wie viele Ausländer künftig nach Ostdeutschland ziehen, lässt sich aber nur schwer einschätzen. Im Jahr 2004 lebten in den neuen Ländern lediglich rund 132.000 Erwerbspersonen ausländischer Nationalität. Ohne enorme - und eher unwahrscheinliche - Zuzüge von Ausländern würde sich an den Vorausschätzungen also wenig ändern.

Gerade die Zahl der Erwerbspersonen jüngeren und mittleren Alters sinkt dramatisch. Im Wendejahr 1990 waren fast 3 Millionen jünger als 30 Jahre. Seitdem ist diese Zahl um fast eine Million gesunken, also um rund ein Drittel. Der Projektion zufolge wird dieses Potential bis 2020 auf weniger als 900.000 zurückgegangen

sein und 2050 nur noch rund 640.000 Personen betragen. Zeitversetzt nimmt auch die Zahl der 30- bis 49-Jährigen enorm ab, und zwar von nicht ganz 4,3 Millionen in 2004 auf 3,1 Millionen in 2020 und 1,9 Millionen in 2050.

Deutlich weniger Bewegung ist beim Erwerbspersonenpotenzial der 50- bis 64-Jährigen zu konstatieren. Ihre Anzahl steigt zunächst noch bis 2020, und zwar von 2,1 Millionen (2004) auf 2,4 Millionen (2020). Erst danach setzt auch hier ein Rückgang ein. 2050 gehören zum Erwerbspersonenpotenzial nicht ganz 1,2 Millionen Ältere.

Ob dieser Rückgang des Erwerbspersonenpotentials den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird, ist mehr als fraglich. Insbesondere gehen von den Bevölkerungstrends Gefahren für das ostdeutsche Wachstum aus. Zum einen schwächt ein sinkendes Arbeitskräfteangebot das Wachstumspotenzial der ostdeutschen Wirtschaft. Zum anderen verringert der rückläufige Bevölkerungstrend auch die Zahl der Konsumenten und könnte dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen – auch die nach Arbeitskräften. Ein niedrigeres Erwerbspersonenpotenzial löst also das ostdeutsche Arbeitsmarktproblem nicht von selbst.

Diese unerfreuliche Tendenz weiterer Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundesländern wird zwar - rechnerisch - durch das gleichzeitig noch viel stärker abnehmende Arbeitskräfteangebot gedämpft. Letztlich heißt dies aber, dass dem Osten eine Abwärtsspirale bevorsteht. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten könnte die Abwanderung gerade der jungen, aktiven und gut qualifizierten Fachkräfte verstärken. Für auswärtige Investoren würde damit die Attraktivität vieler Regionen weiter abnehmen, was wiederum die ökonomische Talfahrt beschleunigen würde.

Um diesem Prozess entgegen zu wirken, wäre eine rasche und kräftige Erhöhung der Geburtenrate notwendig. Dies ist aber eher unwahrscheinlich und würde sich zudem erst langfristig auswirken. Raschere Effekte brächte ein Abflauen der Fortzüge in die alten Bundesländer mit sich. Auch dies ist unwahrscheinlich und hätte zudem nicht die Stärke, den demografischen Abwärtstrend umzukehren. Man wird sich darauf einstellen müssen, dass auf die kurze und mittlere Sicht der Bevölkerungsrückgang nur durch die Zuwanderung von In- und Ausländern gebremst werden kann.

Johann Fuchs, Doris Söhnlein,
 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Die Auswirkung der Migration von und nach Mecklenburg-Vorpommern auf das Erwerbspersonenpotenzial seit 1990 - ein Ausblick bis zum Jahr 2020 –

Je kleiner ein Land, desto wichtiger wird in der Regel die Migration für die gesamte Bevölkerungsentwicklung. Seit 1990 hat das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, gemessen an seiner Einwohnerzahl, eine nicht unerhebliche Nettoabwanderung erfahren. Bis zum Jahr 2004 kumulierte sich der Nettowanderungsverlust auf über 130.000 Personen, an dem vor allem die Altersstufen 18 bis 27 mit überdurchschnittlich hohen negativen Nettowanderungsraten beteiligt waren. Das bedeutet, dass hauptsächlich die Altersstruktur der jährlichen Zu- und Fortzüge und weniger die absoluten Bruttowanderungszahlen die Existenzfähigkeit dieses Landes bedroht.

Wie sehr wurde dabei das Erwerbspersonenpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern durch die vergangene Nettomigration seit 1990 beeinflusst und was kann an zukünftiger Entwicklung noch erwartet werden? Um diese Frage beantworten zu können, wird die Bevölkerungsentwicklung in zwei getrennten Szenarien dargestellt und jeweils mit dem Konzept der Potenzialerwerbsquoten (für Ostdeutschland) des IAB verbunden. Das erste Szenario stellt die hypothetischen Bevölkerungsjahresendbestände ab 1990 dar, die entstehen würden, wenn ab diesem Zeitpunkt keine Wanderungen von und nach Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden hätten.

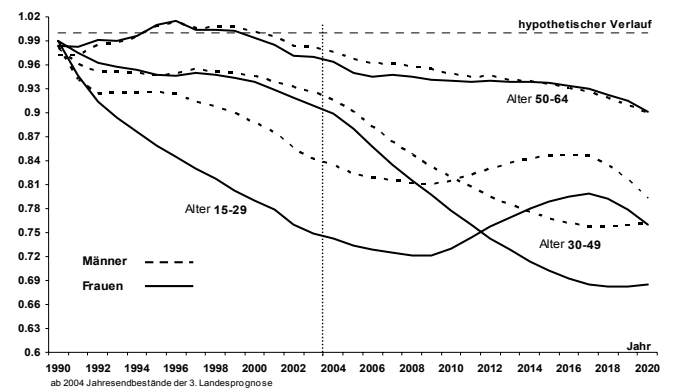
Diese altersspezifischen Bevölkerungsbestände multipliziert mit den entsprechenden Potenzialerwerbsquoten, ergeben das hypothetische Erwerbspersonenpotenzial. Wird dieses mit dem tatsächlich beobachteten Erwerbspersonenpotenzial (zweites Szenario) verglichen und es ergeben sich Unterschiede, so sind diese ausschließlich auf die tatsächlich stattgefundene Nettomigration zurückzuführen.

Der Vergleich zeigt, dass gerade die Altersstufen 15 bis 29 bis zum Jahr 2003 ein erhebliches Potenzial an Erwerbspersonen durch Nettoabwanderung verloren haben. Während der Verlust durch Nettomigration bei den Männern im Vergleich zum hypothetisch möglichen Bestand 15 Prozent beträgt, haben die Frauen bereits 25 Prozent verloren. Dabei konzentrieren sich die Verluste vor allem auf jene Altersstufen, welche die Erstausbildung oder das Studium umfassen. Alle anderen Altersstufen weisen noch relative geringe Abweichungen gegenüber dem hypothetisch möglichen Bestand auf. Die Abwanderung im Alter von 15 bis 19 kann für den heimischen Ausbildungs- und Lehrstellenmarkt möglicherweise sogar ein entlastender Effekt gewesen sein. Ohne die Nettowanderungsverluste in diesen Altersstufen wäre hier das Erwerbspersonenpotenzial weit höher gewesen.

Unterstellt man die 3. Landesbevölkerungsprognose für Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020 als die zukünftige tatsächliche Entwicklung, scheint der Tiefpunkt des Erwerbspersonenpotenzials durch Nettoabwanderung in den Altersstufen 15 bis 29 im Vergleich zum hypothetisch möglichen (bei Nichtbetrachtung von Wanderungen seit 1990) zunächst einmal erreicht. Dieses gilt nicht für die darüber liegenden Altersstufen. Durch den Übertritt der Jahrgänge 1973 und jünger, mit ihren in der Vergangenheit schon sehr hohen negativen Nettowanderungsraten, in die höheren Altersstufen, erfolgt auch ein Wechsel der von der negativen Nettowanderung besonders stark betroffenen Altersgruppen (vgl. Abb.).

Abbildung:

Die Entwicklung des tatsächlichen gegenüber dem hypothetischen Erwerbspersonenpotenzial für Männer und Frauen in ausgewählten Altersgruppen in Mecklenburg-Vorpommern, im Zeitraum von 1990 bis 2020



Verglichen mit der hypothetischen Entwicklung, muss in Mecklenburg-Vorpommern für die Altersstufen ab 30 zukünftig mit einem weiter anhaltenden und sich wesentlich verschärfenden Trend der Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials durch Nettowanderungsverluste gerechnet werden.

Thomas Salzmann, Universität Rostock

Das Arbeitsangebot an Akademikern in Deutschland: Vorausberechnung der Entwicklung bis 2050

Die langfristige Entwicklung des Arbeitsangebots wird üblicher Weise mit dem Konzept des Erwerbspersonenpotenzials prognostiziert. Hierbei wird der Produktionsfaktor Arbeit als homogenes Gut aufgefasst. Eine solche Abstraktion ist wenig problematisch, wenn auf den verschiedenen Teilarbeitsmärkten a) die gleiche Ausgangssituation herrscht und b) die Entwicklung insgesamt parallel ver-

läuft.

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt verdeutlicht, dass die aktuelle Gesamtsituation mit einem Schlagwort gekennzeichnet werden kann: Massenarbeitslosigkeit! Bundesweit waren im Jahresdurchschnitt etwa 4,4 Millionen Menschen als arbeitslos registriert zuzüglich etwa 2 Millionen als Stille Reserve. In der qualifikationsspezifischen Betrachtung zeigt sich jedoch, dass eine vergleichbare Arbeitslosigkeit bei den Akademikern nicht zu finden ist. Auf diesem Teilarbeitsmarkt herrscht seit dreißig Jahren fast durchgehend Vollbeschäftigung.

Ausgehend von einem großen brach liegenden Potential insgesamt und einer ausgeglichenen Situation bei den Akademikern zeigen sich auch in der zukünftigen Entwicklung deutliche Disparitäten. Das Akademikerarbeitsangebot wird, ähnlich wie das Erwerbspersonenpotenzial, in den nächsten Jahren demographisch bedingt zunächst leicht ansteigen und 2015/2020 seinen höchsten Wert erreichen. Danach schrumpft es, jedoch nicht so stark wie das Erwerbspersonenpotenzial oder die Bevölkerung. Die höhere Erwerbsneigung in den oberen Alterstufen sowie die Möglichkeit zur Erhöhung des Akademikeranteils an der Gesamtbevölkerung wirken der demographischen Dynamik entgegen. Unterstellt man sogar, dass der Anteil der Hoch- und Fachhochschulabsolventen noch einmal ähnlich stark wie zu Zeiten der Bildungsexpansion steigen kann (tatsächlich stagniert er jedoch seit einem Jahrzehnt), wird der Akademikerrückgang der sonst 10-12% bis zum Jahr 2050 beträgt, sogar dauerhaft kompensiert. Mit anderen Worten: Die Entwicklung des Akademikerarbeitsangebots wird sich von der „üblichen“ Entwicklung abkoppeln können.

Die nicht bzw. nur gering kontraktive Entwicklung des Akademikerarbeitsangebots ist jedoch mit erheblichen Problemen verbunden. Die gegenwärtige Situation der Vollauslastung einerseits und die nicht qualifikationsneutralen Trends der Arbeitsnachfrage andererseits könnten (trotz zunächst leichtem Anstieg!) schon in wenigen Jahren zu einem merklichen Akademikermangel, insbesondere im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften, führen. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass Akademiker einen überdurchschnittlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beisteuern und DIE Motoren für nachhaltiges Wachstum und Innovationen sind. Der demographische Wandel, der einem weiteren Anstieg der Akademikerzahlen im Wege steht, könnte somit zu einer (im wahrsten Sinne des Wortes) Überalterung des Spruches: „Deutschland, Land der Dichter und Denker“ führen.

Daniel Baade, Universität Mannheim/Universität Rostock

Wie viel Arbeit bleibt für die alternde Gesellschaft?

In der öffentlichen und politischen Debatte werden weit verbreitet Vorstellungen propagiert, dass es schon auf kurze oder mittlere Frist aufgrund der demographischen Veränderungen zu einem quantitativen Mangel an Arbeitskräften kommen würde.

Betrachtet man die vorliegenden Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung und zur Entwicklung der Erwerbsquoten – vernünftigerweise die mittleren und nicht die extremen Varianten, so zeigt sich, dass von einem „demographischen Automatismus“, der die anhaltende Massenarbeitslosigkeit bald in das Gegenteil umschlagen lasse, keine Rede sein kann. Auch alle vorliegenden ernsthaften Prognosen der Arbeitsmarktbilanz weisen darauf hin, dass die Massenarbeitslosigkeit allenfalls – wenn überhaupt – um das Jahr 2030 vielleicht überwunden werden wird. Vor allem für das Problem der zwischen 2007 und ca. 2025 regional differenziert, aber fast überall massiv, ansteigenden Zahl 55-64-Jähriger (wenn die Babyboomer in dieses Alter kommen) hat die Politik keine vernünftige Lösung bereit. Das gilt speziell für die „Rente mit 67“.

Auf der Arbeitsnachfrageseite sind verschiedene, z. T. gegenläufige Effekte denkbar. So vermindert die langfristig bevorstehende Schrumpfung der Bevölkerung die Nachfrage nach Gütern/Dienstleistungen und auch Arbeitskräften. Von der Tendenz zu

kleineren Haushalten geht wohl eine entgegengesetzte Wirkung aus. Den Potemkinschen Dörfern, die z. B. die IUK-/Medienwirtschaft über die künftige Beschäftigungsentwicklung in ihrem Bereich propagiert, ist wohl ebenso zu misstrauen wie den leeren Versprechungen der Globalisierungsrechtfertiger. Sicherlich könnte die demographische Alterung positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte zeitigen (Gesundheitswesen; Dienstleistungen). Trügerisch wäre es aber, allzu sehr auf die hohen Vermögen in der Hand Älterer zu setzen – dazu ist die Vermögensverteilung viel zu ungleich. Genauso trügerisch ist die Hoffnung auf hohe Alterseinkommen. Der Beitrag zeigt empirisch, wie die Neurenten in den letzten Jahren bereits, trotz steigenden Renteneintrittsalters, massiv sinken (wiederum mit großen regionalen Unterschieden). Was immer mehr fehlt, ist die nötige Massenkaukraft.

Eine – an sich ja volkswirtschaftlich sinnvolle – Reduzierung des Ausmaßes an Frühverrentung setzt, um die dramatisch wachsende Zahl von älteren Erwerbspersonen nicht in die Altersarmut zu treiben, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und alterns- sowie altersgerechte Arbeitsbedingungen zwingend voraus. Insbesondere im (Aus-/Weiter-) Bildungsbereich sind verstärkte Anstrengungen unverzichtbar, um ein Ansteigen des qualifikatorischen Mismatch zu verhindern.

Ernst Kistler, INIFES Stadtbergen

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die gesetzliche Rente

Die durchgeführte Studie analysiert die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die gesetzlichen Rentenansprüche der Betroffenen. Zwar findet in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) eine Kompensation von Zeiten der Arbeitslosigkeit durch die Anrechnung von Ausfallzeiten statt, die tatsächlichen Auswirkungen auf die Altersrente werden damit allerdings nur unzureichend erfasst, da die dynamischen Wirkungen von Arbeitslosigkeit auf die späteren Erwerbseinkommen und damit auch auf die Rentenhöhe außer Acht gelassen werden. Mit der Humankapitaltheorie lässt sich jedoch zeigen, dass Arbeitslosigkeit auch nach dem Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit Spuren hinterlässt.

In der Studie wird auf der Basis der Humankapitaltheorie ein Ansatz entwickelt, mit dem sich die kumulierten Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die gesetzliche Altersrente empirisch quantifizieren lassen. Insbesondere wird gezeigt, in welchem Ausmaß die Folgen von Arbeitslosigkeit durch die GRV berücksichtigt werden und welche Lücken nicht geschlossen werden. Dabei kann zwischen zwei negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Rente differenziert werden. Ein erster, direkter Einfluss besteht in der verminderten Gutschrift von Entgeltpunkten für die Phase der Arbeitslosigkeit selbst. Aufgrund der empirischen Schätzungen kann dargelegt werden, dass diese Einbußen zwischen zwei theoretischen Szenarios liegen, die aus rentenrechtlichen Überlegungen für einen Beispiel-Rentner abgeleitet wurden. Damit scheint in der GRV eine teilweise Kompensation für die unmittelbare Phase der Erwerbsunterbrechung durchaus gegeben zu sein. Zweitens finden indirekte, langfristige Effekte auf die Einkommenschancen, die aus dem im Vergleich zur kontinuierlichen Beschäftigung reduzierten Aufbau von Humankapital resultieren, allerdings keine Berücksichtigung. Diese Humankapitaleffekte zeigen ihren Einfluss erst nach der Beendigung der Arbeitslosigkeit und bei Wiederaufnahme einer Beschäftigung. Ergebnisse aus Simulationsrechnungen zeigen zudem deutlich, dass diese Effekte vor allem bei relativ kurzen Erwerbsbiographien erheblich sind.

Die künftige Absenkung des Rentenniveaus könnte dazu führen, dass Versicherte mit längeren Perioden von Arbeitslosigkeit eine Altersrente erhalten, die zur Bestreitung eines minimalen Lebensunterhalts nicht mehr ausreichend ist. Zugleich dürften sie auch weniger in der Lage sein, die sinkenden gesetzlichen Altersrenten durch vermehrte Eigenvorsorge zu kompensieren. Bei den anstehenden Reformen sollte der Abhängigkeit der Renteneinkünfte von der individuellen Erwerbsbiographie verstärkt Beachtung ge-

schenkt werden, damit auch von zukünftigen Rentnergenerationen ein angemessenes Rentenniveau erreicht werden kann.

Christoph Wunder, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Age and Productivity in Work Teams: Evidence from an Assembly Line

Estimating age-productivity profiles has been on the agenda of labour and aging economists for quite a while. Most of the studies look at individual or firm level productivity. We argue that workers within a team affect each others productivities so that teams are a good aggregate to measure productivity. The main focus of our paper is the effect of the age diversity of work teams on their performance. This has--to our knowledge--not been studied yet. We explore a unique data set that combines data on errors that emerge in an assembly plant of a large car manufacturer with personnel data. The data enable us to track errors to the work team that is responsible for the error. Each error is attributed a weight between 5 and 95 according to the costs that accrue from the elimination of the error. As the quantity of output is determined by the speed of the assembly line, variation in productivity becomes manifest in variation in output quality, ie, variation in the number of errors. Our productivity measure is therefore the weighted sum of errors per day per team. The personnel data base gives us detailed information on the daily composition of work teams and on the workers' characteristics. These data include--besides age--education, nationality, tenure, sex, and whether a worker is in her regular team.

From these individual characteristics, we can construct team characteristics. They include mean characteristics of the team members and measures of diversity with respect to age and nationality. Our measure of diversity is constructed as follows: If the age distribution within a work team was uniform, each age category would contain the same share of workers. Otherwise, these shares are unequal. We calculate the mean absolute deviation of these shares. If it is zero, the age distribution is uniform, ie, the age diversity is large. The larger this measure is, the less diverse is the work team with respect to age. The results turn out to be robust with respect to other measures of diversity.

The two competing hypotheses regarding the effect of the age structure on the performance of work teams are:

1. Good performance requires a mix of young (supposedly fit, flexible, etc.) and old (supposedly experienced, relaxed, etc.) workers. More diversity is better.
2. Cooperation and communication is more difficult in age diverse teams. More diversity is worse.

Our results strongly support the latter hypothesis. The more age diverse the work team, the more errors occur.

We also look at the effect of average age of work teams on their performance. Holding constant average job tenure, we find a significant positive effect of average age on the number of errors. On the other hand, holding constant average age, we find a significant negative effect of average job tenure on the number of errors. Combining the two effects by assuming that one additional year of average team age implies one additional year of average job tenure shows that the two counteracting effects cancel each other out.

*Axel Börsch-Supan, Ismail Düzgün, and Matthias Weiss,
Universität Mannheim*

Firm productivity, workforce age and educational structure in Austrian mining and manufacturing in 2001

The literature suggests a wide range of factors that explain productivity growth, among them technological change, accumulation of human and physical capital, firm organisation, openness, institu-

tions, plant/firm turnover within industries, etc. The importance of these factors varies across as well as within industries and regions, hence investments to improve productivity are a firm-level decision. Though an ageing workforce is often associated with lower productivity, there are no clear-cut empirical findings to support this assumption. In fact, one may even argue that the greater experience and higher average firm-specific human capital of older workers and their lower turnover may be advantageous for firms since these facts indicate that they have been optimally matched to the job. On the other hand, the labour market may become less flexible when the share of the older labour force is higher, because older people are less mobile. Moreover, since productivity at the individual level not only depends on experience but also on skills acquired before entering the labour market, an older workforce implies a more outdated human capital level of formal and general education, which may hinder productivity, in particular in times of rapid technological change. Thus, the aggregate effects of ageing in combination with rising education levels among younger workers are highly uncertain and may be quite sensitive to the rate of innovation and structural conditions in particular industries.

To measure productivity, we refer to a newly created employer-employee matched data set for Austria for 2001, where individual productivity is measured as the workers' marginal impact on the firm's added value. The data set emerged from matching individual data of structural business statistics with the population census of Austria. In our study we only use a sub-sample of firm-level data from the **mining and manufacturing** sectors (NACE sections C and D). We have measures of the age, education and occupation compositions of the workforce of **9,078 enterprises** and **559,513 employees** for these two sectors. The advantage of the data provided is the combination of economic data (e.g., value added) of enterprises, on the one hand, and socio-demographic data (e.g., age and education) of employees for each firm, on the other hand. The employer-employee matched data allow us to compare the productivity levels of enterprises with different age and educational structures of their employees, but also to control for possible firm-specific effects such as size and age of the firm or type of organisation (multi-plant vs. single-plant firms), etc.

To estimate the relation between productivity and age-structure we run regressions where the value added per worker at the enterprise level is regressed on socio-demographic characteristics at the enterprise level and firm-specific variables.

Summing up the econometric evidence for Austrian mining and manufacturing, a hump-shaped pattern is found for all age variables. Thus, productivity is lower in firms that have a higher share of younger or older workers as compared to firms whose share of workers in the middle age group is higher. These results prevail when we control for age, gender and education shares. Once the occupational structure and the share of part-time workers are included as additional control variables, the hump-shaped pattern of age on productivity declines further.

When splitting the sample into two subsamples—i.e., a sample of **small** firms (with less than 50 employees) and a sample of **large** firms (50 or more employees)—no clear pattern of age can be observed in large firms.

In order to test whether age structure effects differ between industries belonging to different **ICT** categories, separate regressions were conducted for the ICT producing and ICT using industries as well as for other industries. The results are as follows:

No age pattern on productivity was found for the ICT producing industries.

A weak hump shaped age pattern prevails for ICT using industries.

All other industries show a hump-shaped age profile.

In conclusion, these results support the hypothesis that other factors of production (e.g., ICT capital) are more important for ICT producing firms than their employees' age structure.

Reference:

A. Prskawetz, B. Mahlberg, V. Skirbekk, I. Freund, M. Winkler-Dworak, T. Lindh, B. Malmberg, A.-C. Jans, O. S. Nordström and F. Andersson (2005) The impact of population ageing on innovation and productivity growth in Europe. http://europa.eu.int/comm/employment_social/social_situation/studies_en.htm

Alexia Prskawetz, Vienna Institute of Demography; B. Mahlberg, Institute for Industrial Research, Vienna; V. Skirbekk, International Institute of Applied Systems Analysis, Austria

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung: Methodik, Merkmale und Möglichkeiten demographischer Analysen

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist ein so genannter Linked Employer Employee-Datensatz der amtlichen Statistik. D. h.: Die Angaben zu den befragten Betrieben lassen sich mit den Informationen zu den dort tätigen Beschäftigten verknüpfen.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung wird im Allgemeinen alle 4 Jahre als Stichprobe in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbereiche (Abschnitte C - K der WZ93) durchgeführt. Für 2001 liegen Angaben für gut 22.000 Betriebe und über 846.000 Beschäftigte vor. Die Statistik enthält neben Informationen zur Tätigkeit (Berufsschlüssel der Sozialversicherung, Stellung im Beruf, Leistungsgruppe, Arbeitszeit, Dauer der Betriebszugehörigkeit) und zum Verdienst (Brutto, Netto, Zulagen für Schicht-/Nachtarbeit, Sonderzahlungen, Lohnsteuer, Sozialabgaben) auch zahlreiche demographische Merkmale der Arbeitnehmer wie Alter, Geschlecht und Ausbildung. Aus der Lohnsteuerklasse lassen sich Rückschlüsse auf den Familienstand ziehen. Ebenfalls enthalten ist die Anzahl der Kinderfreibeträge. 2001 wurden erstmals auch Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Beschäftigte berücksichtigt, so dass jetzt auch analysiert werden kann, welche Bedeutung diese Beschäftigungsformen haben.

Auf Betriebsebene gibt es Angaben darüber, ob die öffentliche Hand am Unternehmen beteiligt ist, ob der Betrieb in der Handwerksrolle eingetragen ist, welche Tarifverträge gelten sowie zur Anzahl der Beschäftigten, differenziert nach Geschlecht und nach Arbeitern und Angestellten.

Die Daten für 2001 und 1995 stehen im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter an allen Standorten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz und über kontrollierte Datenfernverarbeitung am Standort Wiesbaden zur Verfügung. Im Frühjahr 2006 wird ein Scientific Use File der Erhebung 2001 veröffentlicht.

Nach der ausführlichen Vorstellung des Datensatzes und des Datenzugangs wurde als Beispiel für die Analysemöglichkeiten eine Untersuchung des Lohnunterschiedes zwischen Männern und Frauen im Erwerbsverlauf vorgestellt.

*Hans-Peter Hafner,
Hessisches Statistisches Landesamt Wiesbaden*

Demografische Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Dieser Beitrag untersucht den Einfluss des seit 35 Jahren anhaltenden Geburtendefizits für die im gleichen Zeitraum linear mit der Zeit angewachsene Basisarbeitslosigkeit. Inzwischen hat die registrierte Arbeitslosigkeit 5 Millionen Menschen erreicht. Zählt man die Personen in Weiterbildungsmaßnahmen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie die „stille Reserve“ dazu, suchen bis zu 8 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz.

Das Aufziehen und die Ausbildung von Kindern sind eine Investition in Human-Kapital und kosten Geld und Arbeit. Im Weiteren sei zunächst angenommen, die Fertilität (genau die TFR) wäre in

Deutschland seit 1970 auf dem Ersetzungsniveau von 2,1 Kinder pro Frau verblieben. Die Jahrgänge der 0- bis 20-Jährigen wären dann im Mittel um etwa 400.000 Personen stärker besetzt, es gäbe somit 8 Millionen junge Menschen mehr, die mit allen benötigten Gütern und mit Ausbildung versorgt werden müssten. Die Gesamtbevölkerung wäre dann bei gleicher Zuwanderung bis 2005 auf 90 Millionen¹ angewachsen. Weiter wird angenommen, dass 40 Millionen Menschen Vollzeit erwerbstätig wären². Welcher Anteil der Erwerbstätigen ist nun der jungen Generation zuzuordnen³? Natürlich benötigen junge Menschen weniger materielle Güter (Kleidung, Nahrung, Wohnraum, Freizeit, Kultur) als Erwachsene, genauso wie auch alte Menschen weniger Güter benötigen. Aber junge Menschen benötigen zusätzlichen Aufwand für Betreuung und Ausbildung. Auch alte Menschen benötigen im Vergleich zur mittleren Generation großen zusätzlichen Aufwand für Krankheitsbehandlung und Pflege. Aus dieser Überlegung liegt es nahe, für jeden Menschen, im Mittel etwa die Wertschöpfung eines halben Erwerbstätigen anzunehmen. Für die 20 Jahrgänge der jungen Generation werden somit 10 Millionen Arbeitsplätze angesetzt, für die 40 Jahrgänge der mittleren Generation (20 - 60 J) werden 20 Millionen und für die Versorgung der Alten (über 60 J) werden 10 Millionen Arbeitsplätze angesetzt.

Man kann, wie in Abb. 1 dargestellt, jede Tätigkeit eines Menschen als Ganzes oder aufgeteilt einer von vier Gruppen zuordnen: A) Unbezahlte Betreuungs- und Erziehungsarbeit der Eltern, B) Bezahlte Erziehungs- und Bildungsarbeit durch Kindergärtnerinnen, Lehrer, Ausbildungsmeister, Hochschulen etc., C) Bezahlte Erwerbsarbeit zur Produktion aller für Kinder benötigten Güter und Dienstleistungen und D) Bezahlte Erwerbsarbeit für alle Güter und Dienstleistungen der mittleren und alten Generation.

Wir nehmen an, jede Frau (und fast jeder Mann) bekommt 2 Kinder. Extremfall 1) Traditionelles Familienmodell: Bei einer Fertilität von 2,1 Kinder pro Frau, d. h. bei etwa 1,1 Millionen Geburten pro Jahr würden jedes Jahr ca. 3 Millionen Mütter zur Betreuung ihre Kleinkinder (0 bis 3 J.) auf Erwerbsarbeit verzichten⁴. Weitere 12 Jahre arbeiten die Mütter nur halbtags, bis das jüngere Kind 15 Jahre alt ist, und versorgt in der restlichen Zeit ihre heranwachsenden Kinder. Dies entspricht einem Verzicht auf weitere 3,3 Millionen Arbeitsplätze⁵. Die Mütter sind zu diesem Zeitpunkt ca. 46 Jahre alt. Angenommen, die Hälfte dieser Mütter würde wieder in Vollzeit erwerbstätig, die andere bleibt halbtags erwerbstätig. So ergibt dies nochmals knapp 1,9 Millionen Arbeitsplätze⁶. Insgesamt werden $(3 + 3,3 + 1,9) = 8,2$ Millionen Erwerbsarbeitsplätze nicht benötigt, weil ein Elternteil Kinder betreut.

Das wäre der stationäre Zustand bei kontinuierlich $F = 2,1$ Kinder pro Frau. Sinkt nun die Fertilität auf 1,35 Kinder pro Frau, so suchen jährlich knapp 100.000 Frauen (im Verlauf von 30 Jahren akkumuliert 2,5 Millionen Frauen) zusätzlich eine Erwerbsarbeit. In den Bereichen B) und C) gehen jährlich jeweils über 50.000 Arbeitsplätze verloren. Zusammen entsteht ein Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen in den anderen Sektoren des Arbeitsmarktes von 200.000 jedes Jahr. In 30 Jahren akkumuliert $200.000 \times 30 = 6$ Millionen.

Die Flexibilität des Arbeitsmarktes war in den Jahren seit 1975 offenbar viel zu gering, um ausreichend viele neue Arbeitsplätze bereitzustellen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des ifo-Instituts, in der empirisch festgestellt wurde, dass diejenigen Erwerbstätigen, die durch den Import von billigen Vorprodukten aus Niedriglohnländern ihren Arbeitsplatz in Deutschland verlieren, nur sehr geringe Chancen haben, in anderen Branchen einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie enden meist im wachsenden Heer der Arbeitslosen. Demzufolge ist die Flexibilität des Arbeitsmarktes sehr begrenzt⁷.

Zusätzliche Arbeitsplätze entstanden vornehmlich in der exportorientierten Industrie. Es ist kein Zufall, dass Japan und Deutschland, die beiden Länder mit den am längsten anhaltenden Geburtendefiziten, zu den exportstärksten Nationen gehören. Zusätzliche 50.000 Arbeitskräfte jährlich ergeben nach 30 Jahren akkumuliert 1,5 Mil-

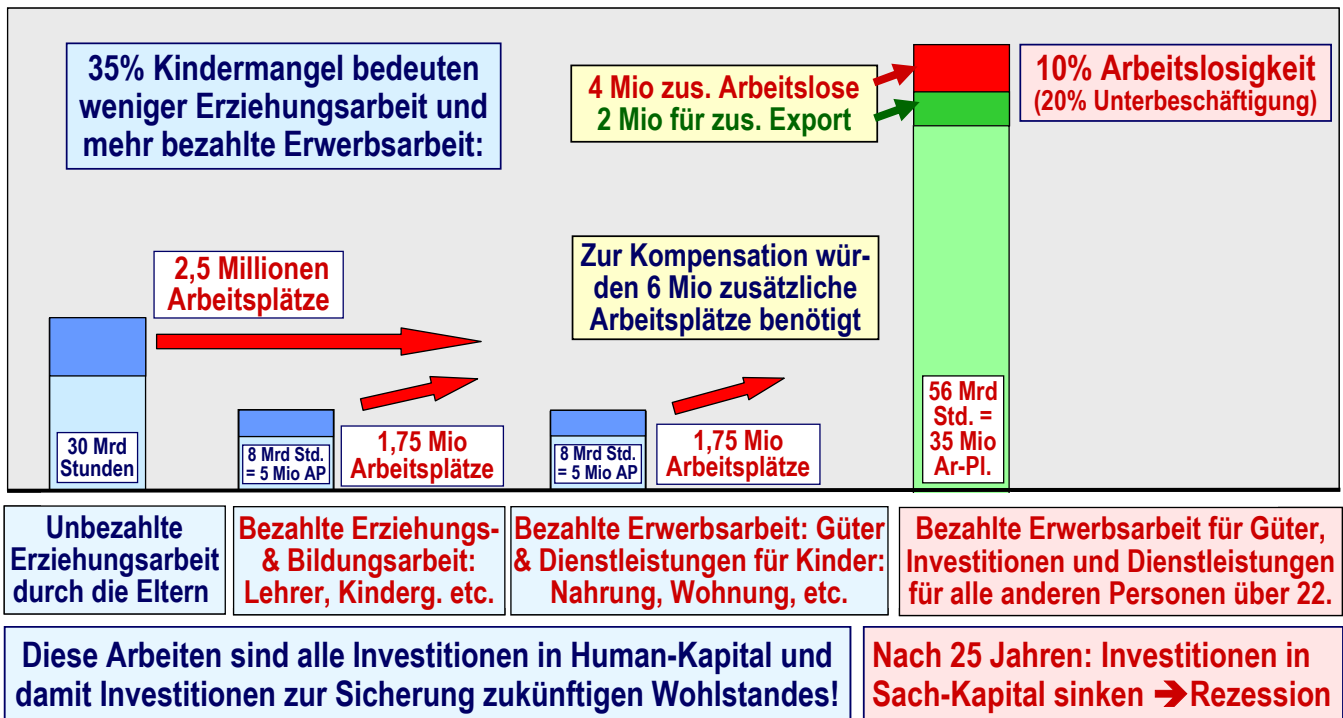


Abbildung 1: (Traditionelles Familienmodell) Wenn in einem Land mit 80 Millionen Einwohnern die Fertilität von 2,1 auf 1,35 Kinder pro Frau sinkt, so fallen viele Arbeitsplätze weg und es entsteht ein zusätzlicher Bedarf von 200.000 Arbeitsplätzen jährlich (6 Millionen in 30 Jahren) im verbleibenden Arbeitsmarkt. Die Flexibilität der Wirtschaft reichte offenbar trotz riesiger Ausweitung des Exportes und der Exportüberschüsse nicht aus, um eine genügend große Zahl von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Die Folge ist eine linear mit der Zeit zunehmende Basisarbeitslosigkeit um 150.000 pro Jahr.

Auch bei einem Familienmodell mit in Vollzeit erwerbstätigen Eltern und ganztägige Fremdbetreuung der Kinder vom 3. Monat bis zum 16. Lebensjahr ergibt sich ein ähnliches Resultat (siehe Text).

lionen. Da die Produktivität in der Exportindustrie extrem hoch ist, erklärt dies auf natürliche Weise den Exportüberschuss, der inzwischen auf 8% des Bruttoinlandsproduktes angewachsen ist.

Extremfall 2) Durchgehende Vollzeitwerbstätigkeit von Vater und Mutter: Zunächst betrage die Fertilität 2,1 Kinder pro Frau & Mann. Die Kinder werden in allen Altersstufen von anderen erwerbstätigen Menschen betreut und erzogen. Dies bedeutet, es sind nicht 5 Millionen Arbeitskräfte im Bereich B) beschäftigt, sondern ca. 7,5 Millionen⁸. Im Bereich C) sind statt 5 Millionen etwa 6 Millionen Erwerbstätige beschäftigt, da die zusätzlichen öffentlichen Betreuungseinrichtungen gebaut, gepflegt und unterhalten werden müssen.

Sinkt nun die Fertilität von 2,1 auf 1,35 Kinder pro Frau, so gehen im Verlauf von 30 Jahren 35% von (7,5 + 6) Millionen = 4,7 Millionen Arbeitsplätze verloren, bzw. jährlich im Mittel rund 160.000. Bezogen auf den Arbeitsmarkt sind die Effekte des Geburtendefizits in beiden Familien-Modellen fast identisch. Da die Realität zwischen diesen beiden Modellen liegt, ist offensichtlich, dass das seit 30 Jahren anhaltende Geburtendefizit entscheidend ist für die seit 1970 linear mit der Zeit anwachsende Basisarbeitslosigkeit.

Zu den durch das Geburtendefizit verursachten 4 Millionen Arbeitslosen der deutschen Bevölkerung kommen etwa 1 Million schwach qualifizierte arbeitslose Migranten hinzu⁹.

Mangelnde Investitionen in Human-Kapital beeinträchtigen zudem die Neigung der Privaten in Sach-Kapital zu investieren, weil Kinderlose nur selten das Ziel haben, ein Vermögen aufzubauen und ein substantielles Erbe zu hinterlassen. Etwa 25 Jahre nach dem Rückgang der Fertilität wird ein zweiter Mechanismus wirksam, der die Wirtschaftsentwicklung zusätzlich entscheidend beeinträchtigt: Auch der Staat muss seine Investitionen senken, weil die Sozialsysteme aus demografischen Gründen riesige Zuschüsse benötigen und insbesondere die Unternehmen reduzieren ihre Investitionen, weil mit ca. 1%/Jahr rapide schrumpfende und alternde Er-

werbsbevölkerungen keine Aussicht auf zukünftig steigende Umsätze und Gewinne versprechen¹⁰.

Die Hoffnung, der durch das Geburtendefizit verursachte Nachwuchsmangel würde zu einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit führen, ist fundamental falsch. Geht man davon aus, dass die jungen Menschen nach ihrer Ausbildung im Durchschnitt mit 22 Jahren in das Berufsleben eintreten, so haben von 1970 bis 1990 im Mittel 1,3 Millionen jährlich erstmals einen Arbeitsplatz gesucht. Wie Abbildung 2 zeigt nahm durch den Geburtenrückgang um 1970 ab spätestens 1995 die Zahl der jährlich in das Berufsleben eintretenden jungen Menschen um 400.000 ab auf nur noch 900.000 jährlich.

Naiv könnte man erwarten, durch die Abnahme der Berufsanfänger würde die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 pro Jahr sinken. Seit 1995 wären dies akkumuliert 4 Millionen! Dies geschah aber nicht. Im Gegenteil, die Arbeitslosenzahl stieg weiter um 1,7 Millionen in 10 Jahren, im Mittel um 170.000 pro Jahr! Das genaue Gegenteil ist richtig: Das Geburtendefizit ist die Ursache der zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Abbildung 3 zeigt eine Modellbevölkerung, die bis 1970 eine bestandserhaltende Fertilität hatte. Die 30-Jährigen bekommen die Kinder, ab 1975 bleibt ein Drittel kinderlos. Im Jahr 2005 erhält man den links gezeigten Altersaufbau. Geht man davon aus, dass auch in der nächsten Generation jeweils ein Drittel der 30-Jährigen kinderlos bleibt, so erhält man im Jahr 2035 den mittleren Altersaufbau. Die junge Generation ist auf 4/9 geschrumpft, die mittlere Generation ist wieder zu einem Drittel lebenslang kinderlos und die alte Generation ist im Vergleich um 50% vergrößert, weil auf je 2 kinderhabende Alte noch ein kinderloser Alter kommt. Den Altersaufbau rechts erhält man 2035, wenn im Jahr 2006 durch eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik eine Zunahme der Fertilität auf 2,1 Kinder erreicht wird.

Interessant ist, dass der Altersaufbau der jungen und mittleren Generation im linken und im mittleren Bild völlig gleich sind, wenn

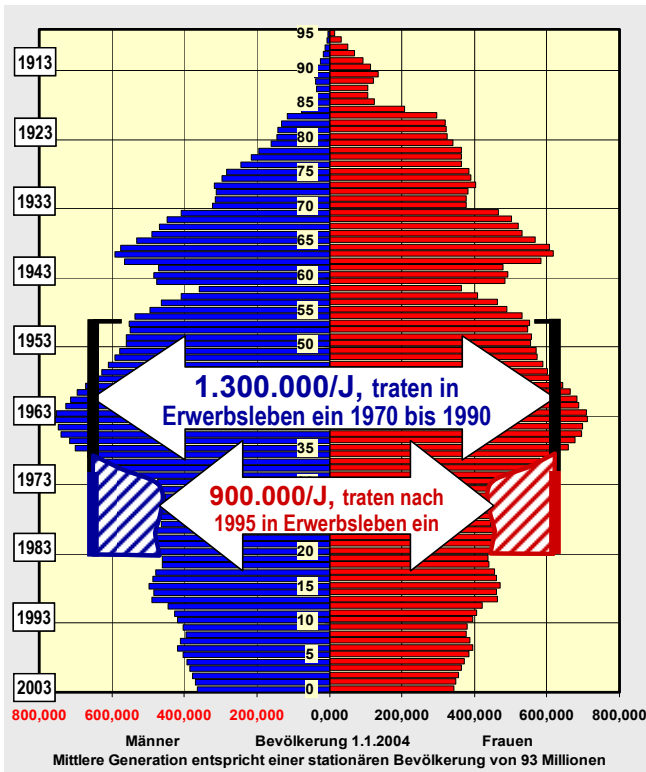


Abbildung 2: Geht man davon aus, dass die jungen Menschen nach ihrer Ausbildung im Durchschnitt mit 22 Jahren in das Berufsleben eintreten, so haben von 1970 bis 1990 im Mittel 1,3 Millionen jährlich erstmals einen Arbeitsplatz gesucht.

Durch den Geburtenrückgang 1970 nahm spätestens ab 1995 die Zahl der jährlich in das Berufsleben eintretenden jungen Menschen auf nur noch 900.000 ab.

Naiv hätte man erwarten können, dass durch die Abnahme der Berufsanfänger die Zahl der Arbeitslosen ab 1995 um 400.000 pro Jahr sinken würde. Seit 1995 wären dies akkumuliert 4 Millionen.

Dies geschah aber nicht. Im Gegenteil, die Arbeitslosenzahl stieg weiter um 1,7 Millionen in 10 Jahren, im Mittel um 170.000 pro Jahr!

man die Jahrgangsstärken auf 2/3 skaliert. Einziger Unterschied ist die alte Generation, die aufgrund des Drittels kinderloser Alter um 50% vergrößert ist. Durch diese Zusatzbelastung ist die Situation in der Mitte noch wesentlich schlechter, d. h. der Wohlstand sinkt weiter und die Arbeitslosenquote steigt weiter, wenn die Fertilität bis 2035 bei 1,3 Kinder pro Frau bleibt.

Der Altersaufbau rechts ist im Vergleich wesentlich günstiger. Zwar gibt es auch dann 2035 die kinderlosen Alten, aber die Erwerbsgeneration schrumpft nicht mehr und die Wirtschaftsentwicklung gewinnt deshalb positive Dynamik zurück. Mit Zunahme der Fertilität auf 2,1 Kinder pro Frau ab 2006 würden die Arbeitslosen-

zahlen ohne jedes weitere Zutun des Staates jährlich um 200.000 sinken. Die Bevölkerung rechts ist deutlich wohlhabender, investitionsfreudiger und innovativer als die Bevölkerung des mittleren Bildes.

Fazit: Bei lange anhaltendem Geburtendefizit ist Wohlstandsverlust unvermeidbar. Eine Besserung ist nur durch Erhöhung der Geburtenrate auf 2 Kinder/(Frau & Mann) möglich.

Anmerkungen:

1. Ohne den Geburtenrückgang nach 1970 wäre die Zuwanderung seither deutlich geringer gewesen, so dass heute statt 13 Millionen nur etwa 5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderer und ihre Kinder in erster Generation) in Deutschland leben würden. Die Gesamtbevölkerung wäre somit mit 82 Millionen etwa gleich der heutigen, allerdings mit jüngerem Altersaufbau und höherer Qualifikation.
2. Zum Vergleich: Im Jahr 2004 zählte das statistische Bundesamt bei 82,5 Millionen Einwohnern 42,7 Millionen Erwerbspersonen, davon 38,8 Millionen Erwerbstätige und 3,9 Millionen Erwerbslose.
3. Unter der jungen Generation werden hier alle Menschen verstanden, die noch in der Ausbildung sind.
4. Annahme die beiden Kinder werden im Abstand von 2,5 Jahren geboren, so dass die Mutter sich 5,5 Jahre voll den Kleinkindern widmet. (550.000 Mütter/Jahr x 5,5 Jahre x 1 Arbeitsplatz/Mutter = 3.025 Arbeitsplätze)
5. Durch Halbtagsarbeit ergibt sich eine Minderung der benötigten Arbeitsplätze um 12 Jahrgänge x 550.000 Mütter/Jahrgang x 1/2 Arbeitsplatz/Mutter = 3,3 Millionen Arbeitsplätze.
6. Bei der Geburt des letzten Kindes sei das Durchschnittsalter 31 Jahre, dazu kommen 15 Jahre ohne bzw. mit nur Teilzeiterwerbstätigkeit. Dies ergibt 46 Jahre. Bleibt die Hälfte der Mütter auch nach dem 46. Lebensjahr halbtags erwerbstätig, ergibt sich eine weitere Minderung der benötigten Arbeitsplätze um 14 Jahrgänge x 550.000 Mütter/Jahrgang x 1/4 Arbeitsplatz/Mutter = 1,9 Millionen Arbeitsplätze.
7. H.-W. Sinn, Vortrag auf der Jahresversammlung des ifo-Instituts am 23. Juni 2005 an der LMU München.
8. Kleinkindbetreuung: 3 pro Person, d. h. ca. 1 Mio. zusätzliche Betreuer. Kindergarten mit Mittagessen und Nachmittagbetreuung ca. 5 pro Person, d. h. 400.000 Betreuer zusätzlich. Mittagessen in Schule, teilweise Nachmittagsunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Sport- und Kulturaktivitäten 10 Kinder pro Betreuer, d. h. 1,1 Mio. Betreuer zusätzlich. Insgesamt werden im Bereich B zusätzlich 2,5 Millionen Betreuer benötigt.
9. Die Arbeitslosenquote der Migranten ist rund doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung.
10. Die Nettoanlageinvestitionen des Staates sind seit 1980 von 1,8 % BIP auf Null geschrumpft und waren 2003 und 2004 bereits negativ. Die Nettoanlageinvestitionen der Unternehmen sind von 8 % BIP im Jahr 1980 auf 3 % BIP 2004 geschrumpft. (Siehe Jahresbericht 2006 der Bundesregierung, Schaubild 4, S. 21)

Hermann Adrian,
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

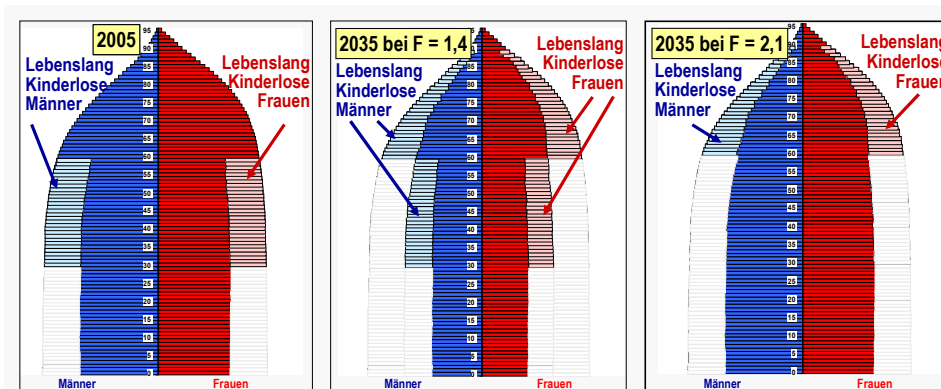


Abbildung 3: Links: Altersaufbau einer Modellbevölkerung im Jahr 2005. Annahme, die jeweils 30-Jährigen bekommen die Kinder. Ausgehend von einer bestandserhaltenden Bevölkerung bleibt ab 1975 ein Drittel der 30-Jährigen kinderlos. Mitte: Geht man davon aus, dass auch in der nächsten Generation jeweils ein Drittel der 30-Jährigen kinderlos bleibt, so erhält man im Jahr 2035 den in der Mitte gezeigten Altersaufbau. Rechts: Ebenfalls Altersaufbau im Jahr 2035 unter der Annahme, dass im Jahr 2005 eine Zunahme der Fertilität auf 2,1 Kinder erreicht wurde.

Neue Zuwanderergruppen in Deutschland

Die Herbsttagung des Arbeitskreises „Migration-Integration-Minderheiten“ der DGD fand am 25. November 2005 im Institut für Soziologie der Universität Erlangen statt. Sie widmete sich dem Thema „Neue Zuwanderergruppen in Deutschland“.

Es folgen die Zusammenfassungen der Referate dieser Tagung:

Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs

Die Entwicklung der deutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ist auf entscheidende Weise durch verschiedene Migrationsströme geprägt. Dabei kommt den Flüchtlingen und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs eine gewichtige Bedeutung zu. In dem Vortrag werden zunächst Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs als eine besondere Form der Migration näher charakterisiert und die spezifischen Rahmenbedingungen der Integration dieser Bevölkerungsgruppe dargestellt. Vor diesem Hintergrund werden die Prozesse der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen behandelt. Zum einen werden verschiedene Phasen der Integration (von der Ankunft im Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart) unterschieden, die in einen Zusammenhang mit den Abschnitten der deutschen Gesellschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg stehen. Zum anderen werden die Prozesse der Integration auf den Ebenen der beruflich-sozialen, der soziokulturellen, der psychisch-sozialen und der politisch-gesellschaftlichen Integration behandelt. Dabei wird ein breites Spektrum der kurz- und längerfristigen biographischen Bewältigung von Flucht und Vertreibung und der unterschiedlich erfolgreichen Integration herausgearbeitet.

Michael v. Engelhardt,
Universität Erlangen-Nürnberg

Ehemalige Zuwanderer als heutige Rentenempfänger – Kaufkraftverlust oder -gewinn

Der Zunahme ausländischer Rentenempfänger in der gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik wird bisher eher beiläufig Beachtung geschenkt. Dabei ist diese Zunahme keineswegs überraschend, kommen doch gerade jetzt die numerisch bedeutenden Kohorten der ehemaligen Gastarbeiteranwerbung in ihr Renteneintrittsalter.

Um die Gastarbeiter-Zuwanderung in einen zeitlichen Rahmen der jüngeren Migrationsgeschichte einordnen zu können, wird zunächst ein kurzer Überblick über das Wanderungsgeschehen seit 1950 in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Auf besonders wichtige Geschehnisse wird dabei explizit Bezug genommen. Weiterhin werden Daten präsentiert, die die Zunahme ausländischer Rentenempfänger in der Bundesrepublik konstatieren. Für die empirische Analyse wurden Mikro-Daten der Deutschen Rentenversicherung (früher: VDR) verwendet, die in Form von „Scientific Use Files“ bzw. „Public Use Files“ der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung stehen. Ausgangspunkt ist hierbei der Rentendatensatz „SK90“, in dem alle in Deutschland erbrachten Rentenversicherungszeiten personenbezogen enthalten sind. Seitens der Deutschen Rentenversicherung wurde ein Themendatensatz generiert, der eine Vielzahl demographischer Merkmale enthält (Themendatensatz Demographie 1993-2003). Damit sind unter anderem Analysen möglich, die den Auszahlungsort der Rente berücksichtigen und somit Hinweise darauf geben können, ob volkswirtschaftliche Auswirkungen infolge der Zunahme ausländischer Rentenempfänger zu erwarten sind.

Martin Kohls, Reiner H. Dinkel,
Universität Rostock

Migration innerhalb der EU: Wer zieht warum nach Deutschland – und mit welchem Erfolg?

Entgegen der Erwartungen der EU wird die seit 1991 bestehende Möglichkeit der Freizügigkeit innerhalb der EU nur von sehr wenigen EU-Bürgern auch tatsächlich genutzt. Um mehr über diese neuere Zuwanderergruppe zu erfahren, untersucht das EU-Projekt PIONEUR daher unter anderem die Voraussetzungen und Motive für eine Migration innerhalb der EU sowie die Auswirkungen der EU-internen Migration auf die Lebensqualität und die individuellen Erwartungen der Migranten.

Im deutschen Teil des Projekts wurden je 250 Spanier, Italiener, Franzosen und Briten, die nach dem Anwerbestopp von 1973 nach Deutschland gekommen sind und schon mindestens ein Jahr in Deutschland leben, in Telefoninterviews zu ihrer Migrationsgeschichte, ihren Migrationsgründen und Erfahrungen mit dem Leben in Deutschland befragt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Migration und Integration von EU-Bürgern nach Deutschland problemlos und recht erfolgreich abläuft. Mover sind im beruflichen Leben integriert, meist verheiratet, verfügen über gute bis sehr gute Deutschkenntnisse, sind mit ihrem Leben sehr zufrieden, fühlen sich selten diskriminiert und fühlen sich Deutschland auch verbunden.

Zwischen den vier untersuchten Migrantengruppen konnten aber auch deutliche Unterschiede festgestellt werden: Italiener in Deutschland weisen durchschnittlich das niedrigste Migrationsalter sowie das geringste Bildungsniveau auf, zusammen mit Spaniern auch die geringsten Deutschkenntnisse. Italiener fühlen sich ihrem Heimatland nach wie vor sehr stark verbunden und weisen eine hohe Rückkehrbereitschaft auf, ganz im Gegensatz zu britischen Zuwanderern. Franzosen weisen das höchste Ausbildungsniveau und die besten Sprachkenntnisse auf. Der Anteil an Franzosen, die zum Studium oder zur Verbesserung der Sprachkenntnisse nach Deutschland gekommen sind, ist ebenfalls höher als in den anderen Gruppen. Französische Migranten sind darüber hinaus auch am zufriedensten mit ihrem Leben. Immerhin mehr als ein Drittel der spanischen Migranten fühlt sich zumindest manchmal diskriminiert, bei den Italienern ist das weit seltener der Fall.

Migranten innerhalb der EU haben im Vergleich zu Deutschen eine weitaus positivere Einstellung gegenüber der EU und fühlen sich auch häufig als Europäer. Intra-EU-Migranten können somit als Pioniere einer europäischen Identität bezeichnet werden.

Nina Rother, ZUMA, Mannheim

Eingebürgerte als neue Zuwanderungsgruppe am Beispiel von NRW

Einbürgerung und Integration stehen in einem engen Zusammenhang. Die Einbürgerung setzt ein Mindestmaß an Integration voraus. Unter anderem sind eine ausreichende Sprachkompetenz und die Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts Voraussetzung für eine Einbürgerung. Außerdem ist eine Einbürgerung in der Regel erst nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich. Bereits diese Voraussetzungen sprechen dafür, dass Eingebürgerte besser integriert sind, als Ausländerinnen und Ausländer gleicher Herkunft.

Da Einbürgerungen deutlich an Bedeutung gewonnen haben, kommt der Gruppe der Eingebürgerten auch unter Integrationsaspekten ein größeres Gewicht zu. Eine realistische Integrationsbilanz muss über die Betrachtung von Ausländerinnen und Ausländern hinausgehen, weil mit der Differenzierung nach Nationalität automatisch eine Selektion schlechter integrierter Immigrantinnen und Immigranten verbunden ist.

Auf der Basis des Mikrozensus NRW wurden für das erste Halbjahr 2005 Integrationsmerkmale der ausländischen Bevölkerung und von Eingebürgerten verglichen. Dabei zeigt sich jeweils bei den Eingebürgerten ein positiveres Bild. Deutlich wird dies beim schulischen Bildungsabschluss von Personen türkischer Herkunft: 16,7 % der Eingebürgerten türkischer Herkunft sind ohne allgemein bildenden Schulabschluss, bei der Gruppe mit türkischer Nationalität sind es hingegen 37,0 %. Die (Fach-)Hochschulreife haben 23,3 % der Eingebürgerten türkischer Herkunft, aber 8,1 % derer mit türkischer Nationalität.

Auch in den Arbeitsmarkt sind Eingebürgerte besser integriert als Ausländerinnen und Ausländer. Eingebürgerte sind in geringerem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen als ausländische Staatsangehörige. Die Erwerbslosenquote der Eingebürgerten lag bei 17,5 %, die der ausländischen Staatsangehörigen bei 22,9 %. Bei den Eingebürgerten türkischer Herkunft lag die Erwerbslosenquote bei 19,3 %, während sie bei türkischen Staatsangehörigen mit 25,9 % deutlich höher war.

Die Armutsrisikoquote ist bei der ausländischen Bevölkerung höher. 38,0 % beziehen ein Einkommen, das unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt. Bei Eingebürgerten liegt dieser Wert mit 25,1 % deutlich niedriger, aber dennoch auf hohem Niveau. Bei der Bevölkerung türkischer Herkunft liegt die Armutsrisikoquote insgesamt höher. Sie ist jedoch bei Eingebürgerten türkischer Herkunft mit 28,3 % niedriger als bei der Bevölkerung mit türkischer Nationalität von denen 41,0 % ein Einkommen erzielen, das unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegt.

Somit kann festgehalten werden, dass sich unter Einbeziehung der Eingebürgerten eine positivere Integrationsbilanz ergibt. Dennoch zeigen sich auch bei Eingebürgerten weiterhin Integrationsdefizite.

*Wolfgang Seifert,
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf*

Intergenerationale Mobilität von Bildung unter Ausländern in Deutschland

In den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts sind aufgrund der hohen Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften – die nicht durch das heimische Arbeitsangebot gedeckt werden konnte – Immigranten mit überwiegend geringem Bildungsniveau nach Deutschland eingewandert. Mittlerweile sind diese Immigranten im Rentenalter, während ihre Nachkommen dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Allerdings hat sich aufgrund des technischen Fortschritts die Arbeitsnachfrage zugunsten höher bzw. hoch Qualifizierter verschoben, während niedrig Qualifizierte Schwierigkeiten haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, inwiefern sich das Bildungsniveau der 2. Ausländergeneration von dem der 1. Generation aber auch von Personen gleicher Alterskohorten ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Zur Beantwortung dieser Frage werden Daten aus dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) verwendet. Unter anderem kann gezeigt werden, dass das Bildungsniveau der 2. Ausländergeneration stark mit dem Bildungshintergrund der Eltern korreliert ist. Dabei gilt: Je höher das Bildungsniveau des Vaters desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch die Kinder ein höheres Bildungsniveau erreichen. Damit einhergehend ist bei ausländischen Kindern, deren Eltern nur über einen geringen Bildungsabschluss verfügen, die Wahrscheinlichkeit signifikant niedriger einen höheren Bildungsab-

schluss zu erwerben. Innerhalb der deutschen Bevölkerung gibt es zwar ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem der Kinder, allerdings ist dieser deutlich weniger stark ausgeprägt. Somit ist die intergenerationale Mobilität bezüglich Bildung in der ausländischen Bevölkerung geringer als im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Auch aus diesem Grund sind die Abstände im Bildungsniveau zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach wie vor von Bedeutung. Hinzu kommt, dass die 2. Ausländergeneration Defizite in der deutschen Sprache aufweist, die sich negativ auf den Bildungserfolg auswirken. Hinsichtlich der Aufenthaltsdauer kann gezeigt werden, dass keine signifikanten Unterschiede bei den Bildungsabschlüssen zwischen in Deutschland geborenen Ausländern und Migranten, die erst nach Beginn des schulpflichtigen Alters nach Deutschland eingewandert sind, existieren.

*Carsten Pohl,
ifo Institute for Economic Research, Dresden*

Jüdische Zuwanderer in Deutschland

Die Phase von Perestroika und Glasnost hatte u. a. eine Liberalisierung der Ausreisebedingungen zur Folge, die es sowjetischen Juden möglich machte, ihr Herkunftsland ohne Restriktionen zu verlassen. Als Emigrationsmotiv ist vor allem Angst vor Antisemitismus zu nennen. Des Weiteren sehen die Juden aus der ehemaligen Sowjetunion sich aber auch durch die prekäre ökonomische Situation, die der Systemwandel hinterlassen hat, veranlasst auszuwandern. Mit ihrer Aufnahme wollte und will Deutschland seine historische Verantwortung für das an Juden begangene Unrecht wahrnehmen sowie die wenigen, überalterten jüdischen Gemeinden in Deutschland erhalten und in ihrer Lebensfähigkeit stärken. Auf der Basis eines Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 9. Januar 1991 erfolgte die Aufnahme der jüdischen Zuwanderer in entsprechender Anwendung des so genannten Kontingentflüchtlingengesetzes aus dem Jahr 1980. Durch Vorlage der Pässe und der Geburtsurkunden hatten die Antragsteller den Nachweis zu erbringen, dass sie Juden sind. In den Staaten der früheren Sowjetunion galt das Judentum als Nationalität und nicht als Religion. In den jüdischen Gemeinden Deutschlands dagegen gilt der Buchstabe der Halacha. Danach ist Jude, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. Am 01. Januar 2005 ist das Kontingentflüchtlingengesetz durch Artikel 15 des Zuwanderungsgesetzes außer Kraft getreten. Ab diesem Datum soll die Zuwanderung jüdischer Zuwanderer auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz erfolgen. Auf einer Sitzung der Innenministerkonferenz im Juni 2005 wurden Eckpunkte zur Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion beschlossen und Aufnahmekriterien neu eingeführt. Danach ist eine grundsätzliche Aufnahmevoraussetzung die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes. Zuwanderungswillige müssen zudem über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Weitere Voraussetzung ist die Möglichkeit zur Aufnahme in eine jüdische Gemeinde im Bundesgebiet. Das neue Verfahren soll zum 01. Juli 2006 in Kraft treten.

Unter Einbeziehung der Aufnahmezusagen von 1991 und 1992 kann bis Ende des 1. Halbjahres 2005 von 222.721 jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion ausgegangen werden. Zur Beschreibung der Besonderheiten dieser Zuwanderergruppe wird ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse empirischer Studien gegeben. Annähernd sichere Aussagen zur aktuellen Situation der Gesamtheit der jüdischen Zuwanderer im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, ihre Integration in den Arbeitsmarkt und die Abhängigkeit von Sozialhilfe lassen sich anhand der vorliegenden Studien nicht treffen. Ursache hierfür sind Einschränkungen in der Validität der Befunde, die sich aus den regionalen Schwerpunkten, den Auswahl- und Befragungsmethoden und der geringen Zahl von Befragten ergeben. Generell weisen jüdische Zuwanderer nach den übereinstimmenden Ergebnissen der Studien ein relativ hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau auf. Gleichzeitig sind jüdische Zuwande-

rer relativ häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Das Ziel des Forschungsprojektes „Jüdische Zuwanderer in Deutschland“ ist die Erforschung der Zuwanderungsmotive, der demographischen und sozialstrukturellen Zusammensetzung, der sozialen Einbettung, des Integrationspotenzials sowie der Integrationsverläufe von jüdischen Zuwanderern aus Russland und anderen GUS-Staaten. Anhand der Daten der jüdischen Zuwanderer, die 2005 in Bayern eingetroffen sind, wird eine Beschreibung der demographischen Merkmale, der Nationalitäts- und Religionszugehörigkeit, der Berufsstruktur und der Verwandtschaftsnetzwerke gegeben werden.

*Sonja Haug und Michael Wolf,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Nürnberg*

Die Integration von Zuwandernden in strukturschwachen Regionen Brandenburgs

Zuwanderung in Ostdeutschland ist mehrheitlich Zuweisung von Russlanddeutschen und deren Familienangehörigen, jüdischen Immigranten sowie Asylsuchenden und Flüchtlingen. Bis auf wenige Ausnahmen erfolgt die Zuweisung in Regionen, die stark vom Strukturwandel betroffen sind. Der Wandel sozialer und wirtschaftlicher Strukturen, der auch 15 Jahre nach Wiederherstellung der deutschen Einheit noch anhält, ist gekennzeichnet durch die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, durch den von Abwanderung geprägten demografischen Wandel, das Ausdünnen privater und öffentlicher Dienstleistungen sowie eine schwach entwickelte Zivilgesellschaft. Der Autor untersucht anhand des Beispiels Brandenburgs die Gestaltung von Integrationsbedingungen für Zuwanderergruppen in diesem Kontext. Ausgehend von der Feststellung, dass der Arbeitsmarkt kaum in der Lage ist, eine integrationsfördernde Funktion wahrzunehmen, werden weitere Faktoren, insbesondere die Eingliederung ins Gemeinwesen, untersucht. Ein Blick auf das von den Landkreisen gesteuerte Ansiedlungsgeschehen zeigt jedoch, dass Ansiedlung vielfach in Gemeinden oder Stadtvierteln erfolgt, wo ungünstige Voraussetzungen für die Integration von Zuwandernden anzutreffen sind. Diese Ansiedlungsgeschehen ist vorwiegend auf die Effekte des Wohnungsmarktes und geringer vorausschauender Steuerung durch die Landkreisverwaltungen zurückzuführen. Dies wird an Beispielen aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark belegt.

*Wolfgang Bautz,
Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration
und Toleranz im Land Brandenburg, Potsdam*

Sichtweisen junger (Spät-)AussiedlerInnen auf Integration

*Barbara Schramkowski,
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg*

Zuwanderung aus den Staaten der GUS nach Deutschland

Seit der Gründung der Sowjetunion gab es zwischen und aus diesen Staaten ein hohes Wanderungsaufkommen. Nach Auflösung der Sowjetunion wollten nach Schätzungen zwischen zwei und 25 Millionen Menschen Anfang der 1990er Jahre die UdSSR Richtung Westen verlassen. Deutschland wurde dabei als eines der wichtigsten Zielländer genannt.

Die Zuwanderung insgesamt nach Deutschland ist seit dem Beginn der 1990er Jahre rückläufig. Zogen im Jahr 1992 noch 1.489.449 Personen nach Deutschland zu, so waren es im Jahr 2004 780.175 Personen. Auch die Zuwanderung aus den Staaten der GUS ist von 201.566 Personen im Jahr 1992 auf 117.456 Personen im Jahr 2004

gesunken. Der Anteil der Zuwanderung aus der GUS an der Gesamtzuwanderung ist jedoch von ca. 13,5 % im Jahr 1992 auf ca. 15,1 % im Jahr 2004 gestiegen. Vor allem der Spätaussiedlerzuzug ist hier von großer Bedeutung. Im Jahr 1992 fanden fast alle Zuzüge nach Deutschland im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs statt, während dieser im Jahr 2004 nur noch knapp die Hälfte ausmachte. Auffällig neben den sinkenden Zahlen des Spätaussiedlerzuzugs ist die Änderung des Hauptherkunftlandes und die Änderung der Struktur der Statusgruppen. Während zu Beginn der 1990er Jahre die meisten Spätaussiedler aus Kasachstan stammten, war in den vergangenen Jahren die Russische Föderation Hauptherkunftsländ. Im Jahr 1994 hatten 60,9 % der Zuwanderer den Status als Spätaussiedler in eigener Person, 37,3 % waren Ehegatten und Abkömmlinge (nach § 7 BVFG) und 1,8 % waren weitere Familienangehörige (nach § 8 BVFG). Im Jahr 2004 waren nur noch 19,0 % Spätaussiedler in eigener Person, aber 65,3 % Ehegatten und Abkömmlinge sowie 15,7 % weitere Familienangehörige. Damit hat sich das Anteilsverhältnis zwischen deutschstämmigen Migranten und ihren nicht-deutschstämmigen Angehörigen innerhalb eines Jahrzehnts umgekehrt.

Es ist auch zu erwarten, dass sich die Struktur der Wanderung aus der GUS weiterhin verändern wird, und dass zunehmend andere Zuwanderergruppen aus der GUS nach Deutschland migrieren werden. In den vergangenen Jahren stammte ein großer Anteil der Erstasylbewerber aus der GUS. Vor allem im Nord- und Südkaukasus existieren fortgesetzte Konfliktherde, die zu Wanderungsbewegungen führen könnten, so dass zu vermuten ist, dass die Entwicklung der Asylersatzanzahl aus den Staaten der GUS anhalten wird.

Auch ist zu erwarten, dass die Migration zum Zweck des Studiums in den kommenden Jahren noch zunehmen wird. Anzunehmen ist, dass Personen aus der GUS auf Arbeitsmarktimpulse flexibel reagieren werden, so dass ein wesentlicher Aspekt künftiger Wanderungen die Neigung zu kurz- und mittelfristiger Arbeitsmigration sein wird.

*Lenore Sauer,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Nürnberg*

Internationale Wanderung als globales Phänomen und seine Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den Industrie- und Entwicklungsländern

Im jüngst veröffentlichten Bericht „Migration in an Interconnected World“ beschäftigt sich die Global Commission on International Migration der UN mit dem Thema der internationalen Wanderung und kommt zu dem Schluss, dass sich „the increase in the scale and scope of international migration“ (GCIM 2005: 1) auch künftig weiter fortsetzen wird. Die Kommission empfiehlt daher „The role that migrants play in promoting development and poverty reduction in countries of origin, as well as the contribution they made towards the prosperity of destination countries, should be recognised and reinforced“ (GCIM 2005: 4).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der Vortrag mit den Folgen der Wanderung für den demographischen Wandel in den Industrie- und Entwicklungsländern. Dabei werden Umfang und – von den UN für ihre Modellrechnungen angenommene – künftige Entwicklung der internationalen Wanderung im Verhältnis zur demographischen Entwicklung in den Quell- und Zielgebieten analysiert. Die Quell- und Zielgebiete folgen dabei nicht mehr ausschließlich dem tradierten Muster der Wanderung aus den Entwicklungs- in die Industrieländer, auch wenn die Salden der Wanderungsströme in der Makroperspektive von Großregionen dies nahe legen, denn die Summe der Migranten in den Entwicklungsländern (darunter ein verhältnismäßig hoher Anteil an Flüchtlingen) erreicht heute bereits fast die Zahl der Migranten in den Industrieländern. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist der resultie-

rende Wanderungsverlust in den Entwicklungsländern mit 0,5 je 1.000 Einwohner nach wie vor gering, während der Wanderungsgewinn für die Industrieländer den Umfang von 2 je 1.000 erreicht und in Zukunft vermutlich weiter steigen wird.

Die demographischen Folgen der Zuwanderung sind in den Industrieländern im Ergebnis deutlich ausgeprägter als die Folgen der Abwanderung aus den Entwicklungsländern. Der Vortrag zeigt – am Beispiel der Modellrechnungen der UN Population Division – die Auswirkungen der Wanderung auf Bevölkerungsentwicklung, Medianalter und Abhängigenquotienten der Industrie- und Entwicklungsländer sowie für Nordamerika und Europa. Ein weiterer Teil analysiert die Entwicklung des Altenanteils in Deutschland nach den Modellannahmen des Statistischen Bundesamts im Vergleich zu denen der UN Population Division hinsichtlich des Einflusses von Wanderung. Schließlich werden die hypothetischen Folgen der Wanderungsannahmen aus den UN Modellrechnungen zur „Replacement Migration“ auf die Bevölkerungsentwicklung und den Abhängigenquotienten für die USA, Japan, Frankreich und Deutschland miteinander verglichen.

Frank Swiaczny, BIB Wiesbaden

Internationale Mobilität von Hochqualifizierten – (K)ein Thema für die Migrationsforschung

Hochqualifizierte spielen in der Migrationsforschung eine nur sehr untergeordnete Rolle. Dies liegt daran, dass die Migrationsforschung als eine „sich sorgende“ Subdisziplin primär an Defizitperspektiven und Problemfällen interessiert ist. Die dominierenden Forschungsparadigmen in der Migrationsforschung sind dementsprechend Integration und soziale Ungleichheit, die für Forschung

über Hochqualifizierte wenig relevant sind, da Hochqualifizierte eben meist über mehr und nicht über weniger Ressourcen als die einheimische Bevölkerung verfügen. Insofern erscheint es im Bereich der Hochqualifizierten wenig lohnenswert, dem Mainstream der Migrationsforschung zu folgen und deren Integrationsprozesse und Integrationsbedingungen zu untersuchen. Sinnvoller erscheint statt dessen, den sonst in der Migrationforschung meist im Mittelpunkt stehenden Migranten selbst außen vor zu lassen und die strukturellen Implikationen dieser Mobilitätsform zum Thema zu machen. In den letzten Jahren haben einige Studien im Bereich der Hochqualifiziertenmigration dabei die wachsende Bedeutung intra-organisatorischer grenzüberschreitender Mobilität festgestellt. Dabei kommt es zu einer symbiotischen Verschränkung der Interessen des Unternehmens nach mobilen und loyalen Führungskräften und der der Beschäftigten nach Karriere- und Beförderungsmöglichkeiten. Institutionalisiert wird diese Verschränkung durch unternehmensinterne länderübergreifende Arbeitsmärkte. Ausgehend von diesen Beobachtungen sollen deshalb zwei Aspekte diskutiert werden. Zum einen soll losgelöst von der Feststellung der steigenden Signifikanz intra-organisatorischer Mobilitäten diskutiert werden, wie es die Migrationsforschung allgemein vermeiden kann, die Gruppe der Hochqualifizierten vollständig aus dem Blick zu verlieren. Darüber hinaus wird die Gruppe der organisationsinternen mobilen Beschäftigten besonders in das Zentrum des Interesses gerückt. Für diese stellt sich dann allerdings die Frage, ob das Reklamieren einer Zuständigkeit für diese Gruppe durch die Migrationsforschung überhaupt ein realistisches Ziel ist, da für diese die für die Migrationsforschung konstitutiven Merkmale fehlen.

*Holger Kolb,
Universität Osnabrück*

Geburtenbeschränkung in historischer Perspektive

Die 12. Herbsttagung des Arbeitskreises „Historische Demographie“ der DGD tagte am 4. und 5. November 2005 im Gästehaus der Universität Bremen

Die 12. Herbsttagung des Arbeitskreises „Historische Demographie“ in der Deutschen Gesellschaft für Demographie hatte sich zum Ziel gesetzt, einen neuen Anstoß zur Erforschung der Geburtenbeschränkung in historischer Zeit zu geben. Gedacht war dabei besonders an die Epoche vor dem Einsetzen einer allgemeinen Geburtenbeschränkung sowie an die so genannte zweite Phase der demographischen Transition. Die angebotenen Beiträge erlaubten indes eine Ausweitung der Thematik auch in das 20. Jahrhundert hinein im Rahmen einer sich über zwei Tagungen erstreckenden Diskussion.

Das Thema des Arbeitskreises steht in einem aktuellen Zusammenhang der internationalen Forschungsdiskussion. So befasste sich eine Sektion der XXV. Internationalen Bevölkerungskonferenz der IUSSP im Juli 2005 in Tours speziell mit „Fertility in History“. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob und unter welchen Bedingungen auch lange Geburtenabstände als Ausdruck einer willentlichen Beeinflussung angesehen werden können, welche damit nicht nur „parity-dependent“, also von einer Zielgröße geleitet, wäre. Damit hängt die Frage zusammen, inwieweit der europäische „Fertility Decline“ ein Innovations- oder ein Anpassungsprozess war.

Als besonders erfreulich und wichtig hat sich auf der 12. Herbsttagung die internationale Beteiligung erwiesen. Trotzdem wäre es wünschenswert, wenn auch in Deutschland der historischen Demographie eine größere Aufmerksamkeit gewidmet würde und sich dies in vermehrten Studien zur historischen Entwicklung der Fertilität niederschläge. In Kurzform seien hier die Vorträge in der Reihenfolge des Programms vorgestellt.

Floriane Demont aus der Arbeitsgruppe von Michel Oris (Genf) stellte unter dem Titel „Fertility in Eastern Belgium during the Nineteenth Century: Rural Consequences of the Industrial Revolution“ ein Forschungsprojekt vor, das auf der Grundlage zweier mikroregionaler Datensätze aus dem Osten Belgiens (aus den Ardennen und dem Pays de Herve) den Einfluss der Industrialisierung auf das generative Verhalten untersucht. Aus dieser Analyse ergibt sich ein 3-Phasen-Schema. Demnach bestand zuerst eine durch die Heiratsbeschränkungen gebundene Fertilität, auf die zunächst eine Zunahme der Fekundabilität folgte. Verbesserungen in der Ernährung können hierzu wesentlich beigetragen haben. Als dritte und letzte Phase zeichnet sich von den 1870er Jahren Geburtenbeschränkung durch eine Verringerung des Alters bei der letzten Geburt ab. Insgesamt stellt sich die Industrialisierung als der Haupteinflussfaktor dar, im mikroregionalen Vergleich interessant ist aber auch der Gegensatz zwischen einer zunehmender Säkularisierung einerseits (saisonale Nuptialität, prä-nuptiale Konzeptionen) und einer gewissen Rekatholisierung andererseits.

John C. Brown von der Universität Yale stellte unter dem Titel „Fertility and Migration in Munich, 1850-1914: Evidence from the Polizeimeldeboegen“ eine gemeinsam mit Timothy W. Guinnane begonnene Auswertung einer besonders ergiebigen Quelle für die Erforschung der städtischen Demographie in der Zeit der Industrialisierung vor. Sie erlaubt neben den standardmäßigen Fertilitätsauswertungen vor allem auch eine genauere Einschätzung der Migrationen. Mit der Studie zu München verbinden Brown und Guinnane die Frage, ob die Schlüsse des European Fertility Project, dass ökonomische Faktoren kaum eine Rolle spielten, nicht doch verfrüht und auf den zu großen Zuschnitt der Untersuchungs-

gebiete zurückzuführen waren. An ersten Ergebnissen zeichnet sich die Abnahme der Fertilität der Frauen über 25 Jahre bereits ab der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Einfluss der Herkunftsregion der Frauen ab, während die Konfessionsunterschiede zu vernachlässigen sind, bei einer Sonderrolle der jüdischen Bevölkerung.

Konrad Rzemieniecki aus Wrocław konnte seinen Beitrag "The marital fertility in Roman Catholic parish Monasterzyska, 1728-1800" nicht persönlich vortragen, dieser wurde aber verlesen. Katholiken stellten in der in der westlichen Ukraine gelegenen Region eine Minderheit dar. Ihr Heiratsverhalten entsprach dem östlichen Muster im Sinne Hajnals, die Frauen heirateten im Durchschnitt bereits mit 18 Jahren. Trotzdem war die Fertilität nicht „natürlich hoch“, denn das Alter bei der letzten Geburt lag bei 34-35 Jahren. Diese Ergebnisse sollten einer weiteren Diskussion unterzogen werden, sowohl in Hinsicht auf die Umstände dieser erstaunlichen Form von Geburtenbeschränkung als auch auf die statistische Signifikanz der Ergebnisse.

Mikolaj Szoltysek aus Slupsk lieferte mit "Science without laws? Model-building, microhistories and the dissolution of the theory of the fertility decline" eine ausführliche Analyse des Forschungsstandes und der offenen Fragen auf dem Gebiet. Vor dem Hintergrund der Fragestellung, ob Innovation oder Diffusion das geeignete Erklärungsmuster für den Geburtenrückgang darstellen, wurden vier Schwerpunkte herausgearbeitet: die Problematik des Modells der „natürlichen“ Fruchtbarkeit, die Debatte um „stopping“ und „spacing“, die Infragestellung pauschaler kultureller Erklärungsmuster bzw. ihre (Wieder-) Einbettung in sozioökonomische Zusammenhänge und schließlich die zunehmend differenzierte Sicht des Transformationsprozesses als eine Bewegung auf vielen Wegen.

Rita Müller aus Chemnitz und Sylvia Schraut aus Mannheim („...Wegen der Sache gibt es häufig Krieg mit meinem Manne. Er braucht die Kinder ja nicht zu kriegen“ – Geburtenplanung und die Folgen in Stuttgart während der Industrialisierung (1830-1910)“) wiesen für die württembergische Großstadt einen Zusammenhang mit der Mortalität und soziale Unterschiede in der Reduzierung der Fertilität nach. Letztere gewinnen in der Analyse von Müller und Schraut eine neue Dimension, indem sie einen Zusammenhang mit einem Wandel im Verhältnis zwischen Mutter und Kind herstellen. Die Idee einer neuen Mütterlichkeit fand demnach offensichtlich in den Kreisen der Beamten und Angestellten zuerst Eingang, parallel

zu anderen Veränderungen wie der Erotisierung der Ehe. Mit diesem Modell lässt sich erklären, warum die Gebürtigkeit vor der Sterblichkeit zurückging.

Angelo Somers aus Den Haag widmete sich in einem zusammen mit Frans van Poppel verfassten Beitrag "The decay of marriage-chastity. Clergy and birth control among the Catholics in the Netherlands, 1935-1970" der Frage nach den religiösen Hintergründen des Normenwandels. Dieser vollzog sich in den Niederlanden insofern besonders drastisch, als bis in die 1960er Jahre eine konservative Haltung, verbunden mit einer hohen Fertilität vorherrschte, während schon in den 1970er Jahren die niederländischen Katholiken zu den fortschrittlichsten gehörten. Grundlage der Untersuchung ist eine Serie von Interviews mit ehemaligen Pfarrern, die den Beitrag der Priester zu diesen Veränderungen einzuschätzen erlaubt.

Ebenfalls mit der katholischen Kirche befasste sich Eva-Maria Silies aus Göttingen in ihrem Beitrag „Liberalisierung und Entfremdung. Die Einführung der Pille und die Reaktion der katholischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik“. Sie rekonstruierte die Gründe dafür, dass die Enzyklika „Humane vitae“ von 1968 ohne Auswirkungen auf den tatsächlichen Gebrauch der Pille blieb. Sie brachte aber Wissenskonflikte hervor, denen die Deutsche Bischofskonferenz die Spitze zu nehmen suchte. Silies interpretiert die Vorgänge als einen Emanzipationsprozess weg von der Autorität Roms, durch den aber auch eine Kluft innerhalb der Kirche, quer durch die Reihen von Theologien, Offiziellen und Laien gläubigen, entstand.

Zusammenfassend zeigten die Beiträge und Diskussionen eine Tendenz zur Wiederaufwertung sozioökonomischer Faktoren bei der Fertilitätsanalyse sowie zu einer differenzierten und umsichtiger Einbeziehung von mentalen und religiösen Faktoren. Zur Frage der Geburtenkontrolle durch eine Verlängerung der Geburtenabstände – also der Diskussion um „stopping“ und „spacing“ – erhofft sich der Arbeitskreis weitere Erkenntnisse aus der nächsten Herbsttagung am 10.-11.11.2006 in Münster, die unter dem gleichen Leitthema „Geburtenbeschränkung in historische Perspektive“ stehen wird. Eine Publikation der Beiträge der Tagungen 2005 und 2006 ist in der Zeitschrift „Historical Social Research“ vorgesehen.

Rolf Gehrman,
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Neues Mitglied in der DGD

Der Vorstand der DGD nahm im Rahmen seiner regelmäßigen Sitzungen das folgende neue Mitglied in unsere Gesellschaft auf:

Dipl.-Kfm. Bernhard Babel

- geb. am 13.06.1978 in Düren
- 1997 Abitur in Düren
- 1998 - 2003 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Uni-Köln
- Seit 01.10.2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität zu Köln

Arbeits- und Interessengebiete:

- Modellierung von Fertilität, Migration und Mortalität
- Deterministische/ stochastische Bevölkerungsvorausrechnungen
- Auswirkungen demographischer Veränderungen

Veröffentlichungen:

- Ein Modell zur Beschreibung der kohortenbezogenen Fertilität in Deutschland" (zusammen mit E. Bomsdorf), *Wirtschaft und Statistik* 9/2004, S. 1052-1059.
- "Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland?" (zusammen mit E. Bomsdorf), *Wirtschaftsdienst* 85. Jahrgang 2005, Heft 6, S. 387-394.
- "Deutschlands Millionenstädte im demografischen Wandel" (zusammen mit E. Bomsdorf), *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft* 116/2005.



(Fortsetzung von Seite 1)

allgemein besserer Bildung. Für die Promovierten liegen keine entsprechenden Vergleichszahlen vor, da dieses Merkmal im deutschen Mikrozensus erst seit 2000 erfaßt wird. Immerhin zeigen die Daten für das Jahr 2000, daß der Anteil der Promovierten unter den Auswanderern zehnmal höher ist als der an der deutschen Gesamtbevölkerung.

Dennoch ist die Behauptung, jeder siebte neue deutsche Doktorhut hänge in einer amerikanischen Garderobe, übertrieben. Ungefähr 1000 promovierte Deutsche sind nach den Berechnungen Diehls zwischen 1995 und 2000 in die Vereinigten Staaten eingewandert; promoviert wurden im selben Zeitraum in Deutschland jährlich etwa 24.000 Personen. Aus der Zahl der knapp 5000 deutschen Promovierten, die im Jahr 2000 mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu 5 Jahren in den Staaten wohnten, geht überdies nicht hervor, wie viele davon nur vorübergehend dort lebten. Wer als "Post-doc" an eine amerikanische Universität geht und danach heimkehrt, den sollte man schließlich nicht als Auswanderer zählen.

Nur wenige Auswanderer gehen dauerhaft weg

Um ein realistischeres Bild des "brain drain" zu erhalten, mußte die Soziologin ihr Augenmerk also auch auf die Dauer des Aufenthalts von akademisch qualifizierten Deutschen im Ausland richten. So hat zwischen 1990 und 2000 die Zahl der temporären amerikanischen Visa für hochqualifizierte Deutsche um etwa 50 Prozent zugenommen. Viele dieser Personen geben dabei ihren alten Wohnsitz auf, wodurch sie sowohl hierzulande wie im US-Zensus

als Aus- und Einwanderer gezählt werden. Das Risiko eines sich verstetigenden Aufenthalts ist, so Diehl, ungefähr konstant geblieben; es beschließen also heute nicht mehr Deutsche, die eine Zeitlang in Amerika arbeiten, dort endgültig zu bleiben, als früher. Austauschstudenten aber, die es ebenfalls vermehrt gibt - in den letzten 25 Jahren ist die Zahl der im Ausland studierenden Deutschen um das Vierfache angestiegen -, lassen sich selten in den Vereinigten Staaten nieder.

Alles in allem lautet der Befund über den "brain drain" damit: Das Qualifikationsniveau der Auswanderer steigt; nur wenige davon gehen dauerhaft weg; besonders die Bedingungen für einen temporären Aufenthalt haben sich verbessert. In den Vereinigten Staaten studiert zu haben, wird für viele zum normalen Merkmal eigenen Berufsbiographie. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit endgültiger Auswanderung, aber weder in dem oft behaupteten Umfang noch aufgrund allgemeiner Aversion gegen hiesige Gegebenheiten. Typisch ist danach nicht eine Elite, die ans Auswandern denkt, sondern eine, die während temporär geplanter Aufenthalte Motive fürs Dableiben entwickelt.

Lektürehinweis: Claudia Diehl und David Dixon, „Zieht es die Besten fort?“ Ausmaß und Formen der Abwanderung deutscher Hochqualifizierter in die USA, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4, 2005.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.02.2006, Nr. 8 / Seite 70

http://www.faz.net/s/Rub7F4BEE0E0C39429A8565089709B70C44/Doc~E1D3E422FCE144DB3AC58D60B6CCFC503~A_Tpl~Ecommon~Scontent.html

Berlin - Vorbei die Zeiten, als irische Investmentbanker und Computerspezialisten nach Deutschland strömten. Vorbei auch die Zeiten, als Südeuropäer in Scharen in die Bundesrepublik kamen, um sich im Wirtschaftswunderland eine Existenz aufzubauen. Und vorbei schließlich auch die Zeiten, als europäische Nachbarn neidvoll auf deutsche Löhne schielten.

Die Bundesrepublik, darauf weisen immer mehr Indizien hin, ist nicht mehr nur ein klassisches Einwanderungsland, sondern entwickelt sich mehr und mehr zum Auswanderungsland. Ostdeutsche Arbeitslose machen sich zum Kellnern auf nach Österreich. Medizinische Pflegekräfte und Ärzte pilgern wegen des unattraktiven deutschen Gesundheitswesens nach Skandinavien oder Großbritannien.

Bauarbeiter und Handwerker malochen in Norwegen, die norwegische Regierung bietet inzwischen Sprachkurse und Landeskunde an, um einen Teil des Heeres arbeitsloser deutscher Maurer, Zimmerer und Dachdecker aufzunehmen. Forscher zieht es in die Schweiz oder in die USA. "Insgesamt ist die Bereitschaft zur Arbeitsmigration von Deutschen in den letzten Jahren deutlich gestiegen", beobachtet Stefanie Wahl, Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn.

Die Gründe sind vielschichtig: Eine seit Jahren schwache Konjunktur, hohe Arbeitslosigkeit und bessere Einkommensaussichten im Ausland gehören zu den wichtigsten Faktoren. "Es gibt zwar kaum Zahlen, aber es spricht einiges dafür, daß sich der Trend zur Abwanderung verschärft hat", sagt Hilmar Schneider, Direktor für Arbeitsmarktpolitik beim Institut zur Zukunft der Arbeit in Bonn (IZA).

Rein zahlenmäßig hat die Abwanderung zwar noch kein volkswirtschaftlich bedrohliches Maß erreicht. Und auch von einem "brain drain" auf breiter Front, also von einer kräftigen Abwanderung der besten Forscher, Ingenieure, Führungskräfte und Facharbeiter mögen die Migrationsforscher zumindest noch nicht sprechen. "Aber die zunehmende Abwanderungsneigung junger, hochqualifizierter

Deutscher ist dennoch ein Synonym für die geringe Attraktivität Deutschlands, das ernst genommen werden sollte", warnt Wahl. "Anlass zur Sorge gibt vor allem der qualitative Saldo der Wanderungsbewegungen: Wer geht, ist häufig hochmotiviert und gut ausgebildet. Wer kommt, ist meistens arm, ungelern und wenig gebildet", sagt die Bonner Forscherin Wahl.

Wer sich ein genaueres Bild von der neuen deutschen Welle Richtung Ausland machen will, stößt jedoch auf Schwierigkeiten. Die Wanderungstableaus des Statistischen Bundesamtes geben keinen Aufschluss über Berufsgruppen oder Abwanderungsmotive. "Wissenschaftlich ist die Abwanderung aus Deutschland bislang vernachlässigt", klagt Wahl. Wer, warum, wohin geht, lässt sich deshalb nur anekdotisch beantworten.

Handwerker, Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler gehen eben nicht zum Einwohnermeldeamt, um sich abzumelden - und es fragt auch niemand nach, warum sie im Ausland arbeiten wollen - oder müssen. Hinzu kommt, dass in Zeiten der Globalisierung viele Stellen für Führungskräfte mit akademischem Qualifikationsprofil innerhalb großer Konzerne über Ländergrenzen hinweg besetzt werden. Die meisten Ingenieure, Juristen und Betriebswirte, die ihr Heil im Ausland suchen, tauchen deshalb nicht in den Statistiken auf.

Aber es gibt einige Anhaltspunkte. Rund 50 000 junge Akademiker gehen jedes Jahr zum Studium ins Ausland. Schätzungsweise jeder siebte Doktorand verlässt Deutschland, die meisten in Richtung USA. Viele Wissenschaftler gehen auch in die Schweiz, rund ein Drittel des universitären Lehrkörpers dort wird von Ausländern besetzt, zwei Drittel davon wiederum sind Deutsche. Nur eine Minderheit kehrt zurück.

Eicke Weber, Präsident der German Scholars Organization in den USA, findet es "ganz erstaunlich", dass die Bundesrepublik erhebliches Geld in Form von Stipendien dafür aufgewendet hat, um junge Nachwuchswissenschaftler ins Ausland zu schicken. Um den Kontakt aufrecht zu erhalten oder Perspektiven zur Rückkehr habe sich

Deutschland wird Auswanderungsland

Viele unterbezahlte oder arbeitslose Fachkräfte suchen im Ausland ihr Glück

Von Peter Hahne

(Fortsetzung von Seite 18)

niemand gekümmert.

Neben den Wissenschaftlern zieht es vor allem Fachkräfte ins Ausland, hat Berthold Langerbein von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) bei der Bundesagentur für Arbeit beobachtet. "Rein zahlenmäßig sind sie nach wie vor ganz eindeutig die größte Gruppe der Arbeitsmigranten", erklärt Langerbein. "Es gibt derzeit jedoch auch Länder, die Führungskräfte suchen: Das sind vor allem Kanada, Australien und Neuseeland."

Aber auch dort, genauso wie in der Schweiz und in Österreich, werden überwiegend gut ausgebildete deutsche Handwerker und Fachkräfte gesucht, die angesichts der dualen Ausbildung und des deutschen Meisterbriefs ein unverändert hohes Renommee im Ausland genießen.

Die Statistiken der Arbeitsvermittlung ZAV sind zwar nicht umfassend, sprechen aber eine sehr deutliche Sprache: Vermittelte die Behörde im Jahr 2003 noch 6500 Deutsche auf Stellen in alle Welt,

waren es 2004 schon 9100, in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres stieg die Zahl auf 11 600. Vor allem die Abwanderungsbewegungen innerhalb Europas haben spürbar zugenommen.

Wies die Statistik der ZAV für 2000 nur 1900 Vermittlungen auf Stellen im europäischen Ausland aus, waren es von Januar bis November vergangenen Jahres bereits 6900. Die größten Berufsgruppen waren dabei das Baugewerbe sowie die gewerblich-technischen Berufe.

Das Interesse deutscher Bewerber für Auslandsposten nimmt stetig zu, was sich auch an den Anfragen Auswanderungswilliger über die Sondertelefonnummer der Behörde ablesen lässt. Während von Januar bis Mai 2004 gut 19 000 Anrufe registriert wurden, waren es im Vergleichszeitraum 2005 schon mehr als 24 000 - ein plus von knapp 30 Prozent in einem Jahr.

Quelle: Die Welt, 10. Januar 2006 unter <http://www.welt.de/data/2006/01/10/829268.html>

Aktuelle Fundstücke zum Thema Demographie aus dem Internet



Demografischer Wandel in Brandenburg – Herausforderung zum Handeln

- **Unserer Gesellschaft fehlen die Kinder.** Bis zum Jahr 2050 wird infolge des Geburtendefizits mit einem Bevölkerungsrückgang in Brandenburg von derzeit 2,58 Mio. auf 1,81 Mio. Menschen gerechnet. Dabei wird die Bevölkerung im Ballungsgebiet um Berlin zunehmen und in den Berlin fernem Landesteilen stark abnehmen. Zudem werden wir immer älter. Schon 2020 wird jeder vierte Brandenburger zu den Senioren gerechnet, also über 65 Jahre alt sein – bei ständig steigender Lebenserwartung. Zusätzlich wird die Bevölkerungsentwicklung durch die Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen, beeinflusst.
- Bereits jetzt wird klar: **Der demografische Wandel ist zu Beginn des neuen Jahrhunderts zuerst für die ostdeutschen Länder eine große Herausforderung.** Alle Bereiche der Gesellschaft sind betroffen. Dabei gibt es keine Patentrezepte, wie in einer alternden Gesellschaft bei abnehmender Bevölkerung Wohlstand und Gerechtigkeit zwischen den Generationen erhalten werden können.
- Der demografische Wandel zwingt uns vor dem Hintergrund enger werdender finanzieller Spielräume zu einem tief greifenden Umsteuern. **Kurzfristige Aktionen können nichts bewirken.** Gefordert sind vollkommen neue und langfristig ausgerichtete gesellschaftliche Antworten. Eine erste Erntepflanze haben wir in Brandenburg mit dem 2. Demografiebericht der Landesregierung „Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft“ vom Mai 2005 erreicht.
- Der demografische Wandel löst einerseits Befürchtungen aus, andererseits sind die Zusammenhänge mit den sich zwangsläufig ergebenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht bewusst. **Daher ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Brandenburger Landesregierung die aktive Kommunikation über Ursachen, Folgen und Konsequenzen des demografischen Wandels.** Wir wollen im Dialog mit Verantwortungsträgern aus Politik und Verwaltung des Landes, der Regionen, Kreise und Gemeinden sowie den Entscheidungsträgern

der Wirtschaft und Verbände die Fakten und die Folgen des demografischen Wandels ins Bewusstsein rufen und die begonnene breite gesellschaftliche Diskussion fortsetzen. Ansprechpartner und verantwortlich für Lösungsvorschläge sind aber auch die Europäische und die Bundesebene.

- **Krisen wohnt immer auch die Chance inne, den erforderlichen Wandel für positive Veränderungen zu nutzen.** Ein Beispiel: Infolge verstärkten Renteneintritts von Beschäftigten wird bis zum Jahr 2015 die heimische Wirtschaft einen Bedarf von 200.000 gut ausgebildeten Fachkräften, insbesondere auch von Hochschulabsolventen haben. Hier bestehen sehr gute Chancen für junge Menschen, die ihre Berufsausbildung beginnen und danach in ihrer Heimatregion bleiben möchten.

Quelle: <http://www.demografie.brandenburg.de>
(Auszug aus der Homepage)

Aktion Demografischer Wandel der Bertelsmann Stiftung

Der demografische Wandel betrifft viele Handlungsfelder vor Ort. Und je nach Situation in der Kommune tun sich in jedem Handlungsfeld verschiedene Handlungsmöglichkeiten auf, wie der demografischen Entwicklung begegnet werden kann.

Auf die zentralen Fragen muss jede Kommune eigene Antworten finden, denn die demografische Entwicklung der Städte und Gemeinden wird ausweislich aller Trends und Prognosen höchst unterschiedlich verlaufen: So unterschiedlich wie die Ausgangslage sind damit auch die Handlungsoptionen für die Kommunen.

Über neun verschiedene Themenfelder des demografischen Wandels (Alt und Jung; Wohnen im Alter; Gesamtstrategische Ansätze; Stadtumbau; Anpassung der Infrastruktur; Identität stärken; Sensibilisieren; Interkommunale Kooperation; Kinder- und Familienfreundlichkeit) werden Projekte vorgestellt, die das Handeln auf der kommunalen Ebene verdeutlichen helfen.

Quelle: http://www.demographiekonkret.aktion2050.de/Demographie_konkret.96.0.html

**Abwanderung von Ost-
nach Westdeutschland
schwächt sich weiter ab**

WIESBADEN – Wie das Statistische Bundesamt zum "Tag der Deutschen Einheit" mitteilt, zogen im Jahr 2004 146 400 Personen aus den neuen Bundesländern in das frühere Bundesgebiet (2003: 155 400), während 94 700 Menschen die umgekehrte Richtung wählten (2003: 97 000). Damit verloren die neuen Bundesländer per Saldo 51 700 Personen durch Abwanderung (2003: 58 400). Berlin bleibt bei dieser Betrachtung unberücksichtigt, weil sich ab dem Jahr 2001 die Wanderungen nicht mehr nach Berlin-West und Berlin-Ost trennen lassen. Zudem sind die Wanderungen zwischen Berlin und Brandenburg stärker von der Stadt-Umland-Beziehung als von der Ost-West-Wanderung geprägt.

Von einem Höchststand im Jahr 1991 (165 400 Personen) ging der Wanderungssaldo zwischen den alten und den neuen Bundesländern zunächst zurück und erreichte 1996 einen Tiefststand von 24 900 Personen. Danach stieg die Zahl der Nettoabwanderungen aus dem Osten wieder an bis auf 97 700 Personen im Jahr 2001 und ist seitdem rückläufig. Zwischen 1991 und 2004 gab es insgesamt 2,18 Millionen Fortzüge aus den neuen in die alten Bundesländer und nur 1,28 Millionen in die umgekehrte Richtung. Dies führte für den Osten in diesem Zeitraum zu einem gesamten Abwanderungsverlust von 900 000 Menschen.

Von den 146 400 Personen, die im Jahr 2004 die neuen Länder verließen, war über die Hälfte (54%) zwischen 18 und 30 Jahre alt, ein knappes Viertel (24%) zwischen 30 und 50 Jahre alt, rund 15% jünger als 18 Jahre und rund 9% älter als 50 Jahre. Der Anteil der jungen Erwachsenen zwischen 18 bis 30 Jahren an den Abwandernden stieg in den letzten zehn Jahren kontinuierlich an, während

der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 sowie der 30- bis 50-Jährigen zurückging. Dies weist darauf hin, dass weniger beziehungsweise kleinere Familien mit Kindern aus den neuen Bundesländern abwandern als noch in den 90er Jahren.

Von den 94 700 Personen, die in die neuen Bundesländern zogen, waren 44% zwischen 18 und 30 Jahre, über ein Viertel (27%) zwischen 30 und 50 Jahre alt und jeweils rund 15% jünger als 18 Jahren beziehungsweise älter als 50 Jahre.

Insgesamt wanderten im Jahr 2004 mehr ältere Personen über 50 Jahre in die neuen Bundesländer zu als ab. Darüber hinaus haben sich die Wanderungen in beiden Richtungen in den letzten Jahren immer mehr auf die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 bis 30 Jahre konzentriert, auch wenn dies in der West-Ost Richtung weniger ausgeprägt war.

Die Frauen stellten 2004 rund 50% der aus den neuen Bundesländern fortziehenden Personen aber nur 48% der zuziehenden Personen. Seit 1991 zogen jedes Jahr mehr Männer als Frauen aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Bundesländer, während bei der Abwanderung aus den neuen Bundesländern das Verhältnis ausgeglichen war oder teilweise die Frauen sogar den höheren Anteil ausmachten.

Zu den Hauptzielländern im Westen zählten im Jahr 2004 Bayern mit 30 400 oder 21% aller Zugezogenen aus dem Osten, Niedersachsen mit 25 700 (18%), Baden-Württemberg mit 23 700 (16%) und Nordrhein-Westfalen mit 23 280 (16%). Von den neuen Bundesländern hatte Sachsen mit 27 900 (knapp 30%) die meisten Zugzüge aus dem früheren Bundesgebiet, aber auch die meisten Fortzüge (39 800 oder 27%).

Quelle: Pressemitteilung vom 28. September 2005

Weitere Auskünfte gibt: Claire Grobecker,

Telefon (0611) 75-3178, claire.grobecker@destatis.de

Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern *), 1991- 2004

| Zeit- raum | Zuzüge aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet | | | Fortzüge nach den neuen Ländern aus dem früheren Bundesgebiet | | | Wanderungssaldo des früheren Bundesgebietes gegenüber den neuen Ländern | | |
|---------------|--|----------|----------|---|----------|----------|---|----------|----------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| | Personen insgesamt | | | | | | | | |
| 1991 | 229,2 | 116,1 | 113,1 | 63,8 | 44,6 | 19,2 | 165,4 | 71,5 | 93,9 |
| 1992 | 175,9 | 86,6 | 89,2 | 85,4 | 56,4 | 29,1 | 90,4 | 30,3 | 60,1 |
| 1993 | 143,0 | 69,7 | 73,2 | 87,4 | 54,2 | 33,2 | 55,6 | 15,6 | 40,0 |
| 1994 | 129,9 | 62,5 | 67,4 | 95,4 | 56,0 | 39,5 | 34,5 | 6,6 | 28,0 |
| 1995 | 129,9 | 63,5 | 66,5 | 98,1 | 55,9 | 42,2 | 31,9 | 7,6 | 24,3 |
| 1996 | 125,5 | 62,1 | 63,5 | 100,6 | 56,1 | 44,5 | 24,9 | 6,0 | 19,0 |
| 1997 | 124,9 | 62,0 | 62,9 | 96,7 | 52,4 | 44,3 | 28,2 | 9,6 | 18,6 |
| 1998 | 136,1 | 68,0 | 68,1 | 89,8 | 48,0 | 41,8 | 46,3 | 19,9 | 26,3 |
| 1999 | 148,6 | 73,9 | 74,8 | 90,5 | 47,6 | 42,9 | 58,1 | 26,2 | 31,9 |
| 2000 | 168,2 | 84,0 | 84,2 | 92,2 | 48,1 | 44,1 | 76,0 | 35,9 | 40,0 |
| 2001 | 192,0 | 96,1 | 95,9 | 94,3 | 49,0 | 45,3 | 97,7 | 47,1 | 50,6 |
| 2002 | 176,7 | 87,9 | 88,8 | 95,9 | 49,9 | 46,0 | 80,8 | 38,0 | 42,8 |
| 2003 | 155,4 | 76,8 | 78,6 | 97,0 | 50,8 | 46,2 | 58,4 | 26,0 | 32,3 |
| 2004 | 146,4 | 73,1 | 73,2 | 94,7 | 49,7 | 45,0 | 51,7 | 23,4 | 28,2 |

*) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West; neue Bundesländer ohne Berlin-Ost.

Höchste Lebenserwartung in Baden-Württemberg



WIESBADEN – Innerhalb Deutschlands gibt es zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede in der Lebenserwartung, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt. Die Spanne zwischen dem Land mit der höchsten und demjenigen mit der geringsten Lebenserwartung Neugeborener umfasste im Zeitraum 2002/2004 bei Jungen 3,6 und bei Mädchen 2,2 Jahre.

Die bundesweit höchste Lebenserwartung wurde für Baden-Württemberg ermittelt: Im Berechnungszeitraum 2002/2004 betrug dort die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt für Jungen 77,4 Jahre und für Mädchen 82,6 Jahre. Das waren für Jungen 1,5 Jahre und für Mädchen 1 Jahr mehr als im Durchschnitt aller Länder in Deutschland (Jungen: 75,9 Jahre; Mädchen: 81,6 Jahre). Die niedrigste Lebenserwartung haben die neugeborenen Jungen in Mecklenburg-Vorpommern mit 73,8 Jahren und die Mädchen im Saarland mit 80,4 Jahren. Dies entsprach einer für Jungen um 2,1 und für Mädchen um 1,2 Jahre geringeren Lebenserwartung als in Deutschland insgesamt.

Mitte der 90er Jahre war der Abstand zwischen dem Land mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Lebenserwartung noch größer gewesen: Bei den neugeborenen Jungen hatte er 5,7 Jahre, bei den Mädchen 3,3 Jahre ausgemacht. Baden-Württemberg hatte bereits damals die höchste und Mecklenburg-Vorpommern die niedrigste Lebenserwartung. Seitdem hat die Lebenserwartung in allen Bundesländern zugenommen, am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie bis zum Berechnungszeitraum 2002/2004 um 5,0 Jahre für Jungen und um 3,3 Jahre für Mädchen angestiegen ist.

Bei der Lebenserwartung haben die neuen Bundesländer insgesamt stärker als die alten Länder dazu gewonnen. Zwischen 1993/1995 und 2002/2004 hat sich die Differenz in der Lebenserwartung zum früheren Bundesgebiet für Jungen von 2,8 Jahren auf 1,5 Jahre reduziert und für Mädchen von 1,6 Jahren auf 0,4 Jahre.

Die durchschnittliche Lebenserwartung entspricht hierbei der Zahl von weiteren Jahren, die eine Person in einem bestimmten Alter nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen voraussichtlich noch leben könnte. Eine Veränderung der Sterblichkeitsverhältnisse in der Zukunft wird nicht berücksichtigt.

Pressemitteilung vom 15. Februar 2006

Lebenserwartung bei Geburt in den Bundesländern (in Jahren) – Berechnungszeitraum 2002/2004 –

| Deutschland/ Alte Länder/ Neue Länder | Lebenserwartung bei Geburt | | Abweichungen gegenüber Deutschland | |
|---|----------------------------|---------|------------------------------------|---------|
| | Jungen | Mädchen | Jungen | Mädchen |
| Deutschland | 75,89 | 81,55 | X | X |
| Alte Länder ¹⁾ | 76,18 | 81,64 | + 0,3 | + 0,1 |
| Neue Länder ¹⁾ | 74,70 | 81,26 | - 1,2 | - 0,3 |

¹⁾ ohne Berlin

Termine

Nationale Veranstaltungen

| | |
|--------------------|---|
| 8.3.- 10.3.2006 | Jahrestagung der DGD - 2006 Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte - Bonn, Gustav-Stresemann-Institut |
|--------------------|---|

Internationale Veranstaltungen

| | |
|----------------------|---|
| 18.04.06 | Call for Paper Internationale Wanderungsbewegungen und individuelle Verläufe von Migration 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 09.10.-13.10.2006 in Kassel Sektion Migration und ethnische Minderheiten |
| 30.03.- 31.3.2006 | Coping with City Shrinkage and Demographic Change - Lessons from around the Globe International Symposium - organized by Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR) und Schader-Stiftung in cooperation with The Project Group "shrinking cities in a global context", Institute of urban and regional development, University of California, Berkeley and The Dresden Center for Demographic Change of Dresden University of Technology - Dresden |

Detaillierte Informationen zu diesen Terminen finden Sie unter:
www.demographie-online.de

IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) erscheinen im unregelmäßigen Abstand, ein- bis zweimal jährlich. An die Mitglieder der DGD werden sie kostenlos per eMail, auf Wunsch auch per Post versandt.

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V.

Bankverbindung:

Deutsche Bank 24, BLZ: 13070024, Konto-Nr.: 1230077

Redaktion und Layout:

Dr. Matthias Förster, Dr. Steffen Maretzke
eMail: DGDmail@gmx.de

Die Redaktion freut sich über Ihre Beiträge, über Informationen zu zurückliegenden oder künftigen Veranstaltungen u.a., behält sich aber ihre redaktionelle Unabhängigkeit vor.

Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:
Dr. Matthias Förster, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf
Tel (dtl.): 0331/2891 253/52
Dr. Steffen Maretzke, Landgrabenweg 5, 53343 Wachtberg
Tel (dtl.): 01888 4012 326

gesandt werden, möglichst als WORD- oder ASCII-Datei.
Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.